



MACHT

HEUTE,

WAS MORGEN ZÄHLT.

*WAHLPROGRAMM ZUR
KOMMUNALWAHL 2025 FÜR KREFELD.*



MACHT FÜR DAS MORGEN.

***WAHLPROGRAMM ZUR
KOMMUNALWAHL 2025 FÜR KREFELD.***

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV KREFELD, MARIANNENSTRASSE 63-65, 47799 KREFELD
TELEFON: 021 51 77 73 44
E-MAIL: KREISVERBAND@GRUENE-KREFELD.DE

INHALT	PRÄAMBEL	6
	RÜCKBLICK AUF EINE BEWEGTE WAHLPERIODE: WIR HABEN KREFELD VERÄNDERT	8
	UMWELT, KLIMA, NATUR: UNSERE VERANTWORTUNG	12
	Klimaschutz	12
	Natur, Landschaft und Tiere schützen	12
	Landwirtschaft und Ernährung nachhaltig gestalten	14
	Luft und Wasser schützen, Lärm reduzieren	14
	Abfall vermeiden und Rohstoffe zurückgewinnen	15
	EINE STADT FÜR ALLE – SOZIAL, SOLIDARISCH, GERECHT	16
	Krefeld für den demografischen Wandel fit machen	16
	Quartiersarbeit und ehrenamt	17
	Wohnen und Wohnungslosigkeit	17
	Drogenabhängigkeit und Drogenkonsum	18
	Gesundheit für alle	18
	Die Zukunft zusammen gestalten	18
	Integration gemeinsam voranbringen	18
	Politische Teilhabe stärken – für das kommunale Wahlrecht eintreten	19
	Solidarität mit Geflüchteten	19
	Aufnahme von Geflüchteten und Seenotrettung stärken	20
	Das Integrationskonzept weiterentwickeln	20
	Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention	20
	Gleichberechtigung – für alle, nicht für einige	20
	Inklusion statt Barrieren	21
	Inklusion und Jugend	22
	Junge Menschen in den Fokus rücken	22
	Die beste Begleitung von Kindesbeinen an	23
	Kinder und Jugendliche ernst nehmen und ihre politische Partizipation stärken	23
	Teilhabe ermöglichen	24
	Durch Bildung in die Zukunft	24
	KULTUR, DER GEISTIGE NÄHRBODEN UNSERER STADT	25
	Kulturelle Infrastruktur ausbauen und vernetzen	25
	SPORT – UNSERE KOMMUNE IN BEWEGUNG	26
	Klimaschutz und Klimaanpassung – auch im Sport	27
	MOBILITÄT NEU DENKEN, STADT FÜR ALLE GESTALTEN	28
	Radverkehr sicher und attraktiv gestalten	29
	Fußverkehr in den Blick nehmen	30
	Öffentlichen Nahverkehr stärken	30
	Autoverkehr in einer auf Menschen ausgerichtete Stadt	31
	PLANEN MIT VERANTWORTUNG	31
	Soziale Stadt	32
	Nachhaltiges Bauen und Planen	32
	Stadtnatur	33
	Denkmalschutz: unser kulturelles Erbe bewahren und gestalten	33
	FINANZEN: KNAPPE MITTEL – KLUGE ENTSCHEIDUNGEN	34
	ZUKUNFTSFÄHIG DURCH WIRTSCHAFT	34
	Stärkung von Start-ups und Innovation	35
	Frauenerwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken	35
	Effektive Revitalisierung von Gewerbeflächen und Leerständen	35
	Arbeitsmarktintegration stärken – Chancen für alle schaffen	36
	Handwerk und Handel unterstützen	36
	VERWALTUNG IM WANDEL – FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT UND LEBENSWERTE RÄUME	37
	MEHR SICHERHEITSGEFÜHL IM ÖFFENTLICHEN RAUM	37
	VERBESSERTE EINBINDUNG VON BÜRGER*INNEN IN DIE STADTENTWICKLUNG	38

KREFELD. GEMEINSAM. GRÜN.

Eine lebenswerte Stadt für alle: ökologisch, gerecht, zukunftsfähig

Krefeld braucht Menschen, die die Stadt mutig, nachhaltig und gerecht gestalten. Denn Krefeld steht, wie viele Kommunen in Deutschland, an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Klimakrise, soziale Ungleichheiten, die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Mobilität, der demografische Wandel und der Schutz unserer demokratischen Grundwerte stellen uns vor große Herausforderungen – lässt uns dies als Chance nutzen. Kommunalpolitik kann dort ansetzen, wo Wandel konkret wird: im Alltag der Menschen, auf den Straßen, in den Schulen, in den Parks und Sporthallen, an den Begegnungsorten in den Stadtteilen.

Wir GRÜNE treten bei dieser Kommunalwahl an, um genau das zu tun: die Zukunft aktiv zu formen – ökologisch verantwortlich, sozial gerecht, demokratisch lebendig. Für uns beginnt eine lebenswerte Stadt im Alltag der Menschen: auf sicheren Gehwegen und gut ausgebauten Radwegen, in inklusiven Schulen und lebendigen Nachbarschaften, bei einer gerechten Sozialpolitik und ambitioniertem Umwelt- und Klimaschutz, bei gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Status.

Ökologie und Klimaschutz als kommunale Verantwortung
Die Klimakrise ist längst auch in Krefeld angekommen – mit Hitzesommern, Starkregen, dem Verlust an Biodiversität und steigender gesundheitlicher Belastung insbesondere für vulnerable Gruppen. Für uns GRÜNE ist klar: Eine Stadt, die bei Umwelt- und Klimaschutz nicht handelt, verliert nicht nur ihre Lebensqualität, sondern auch ihre Handlungsfähigkeit. Deshalb muss der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zur Leitlinie allen kommunalen Handelns werden. Mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 und einem klaren Fokus auf Klimafolgenanpassung setzen wir uns für eine Stadtentwicklung ein, die Ressourcen schont, Stadtnatur erhält und allen Menschen eine gesunde Umwelt garantiert.

Klimapolitik ist für uns keine Nische, sondern Querschnittsaufgabe. Sie beginnt bei der Wärmeplanung, reicht über nachhaltige Mobilitätskonzepte bis hin zur ökologischen Stadtplanung und energieeffizienten Gebäuden. Wir wollen Flächenverbrauch begrenzen und bestehende Stadtquartiere aufwerten.

Soziale Stadt – solidarisch, inklusiv und gerecht

Ökologische Transformation und soziale Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen. Nur wenn sich alle Menschen beteiligen können, gelingt der Wandel hin zu einer resilienten Stadt. Das bedeutet für uns: bezahlbaren Wohnraum sichern,

Teilhabe für alle ermöglichen, Armut entschlossen bekämpfen und ein starkes soziales Netz ausbauen.

Wir stehen für eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird – ob armutsgefährdete Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen, Wohnungslose oder Geflüchtete. Inklusion, Gleichstellung und Integration sind keine Randthemen, sondern zentral für eine demokratische und offene Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns besonders für barrierefreie Infrastrukturen, eine inklusive Arbeitswelt, Schutzräume für marginalisierte Gruppen und geschlechtergerechte Strukturen in allen Lebensbereichen ein.

Kinder und Jugendliche stehen für uns im Mittelpunkt. Eine kindgerechte Stadt bietet Schutz, Förderung und echte Mitbestimmung. Jedes Kind soll die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und selbstbestimmt aus vielfältigen Möglichkeiten zu wählen. Dabei muss die Gesellschaft verlässlich zur Seite stehen – besonders dann, wenn Unterstützung gebraucht wird. So schaffen wir die Grundlage für ein gesundes und chancengerechtes Aufwachsen.

Eine moderne Stadtgesellschaft ist vielfältig. Migration ist Teil unserer Realität – Integration und Teilhabe müssen es auch sein. Wir stärken offene, diskriminierungsfreie Strukturen, fördern Empowerment und politische Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und setzen auf eine Willkommenskultur, die durch klare Strukturen, gute Beratung und gleiche Chancen geprägt ist.

Bildung, Kultur und Sport bringen uns zusammen

Kinder und Jugendliche verdienen die besten Startchancen. Eine gut ausgestattete, moderne und chancengerechte Bildungslandschaft ist für uns GRÜNE unverzichtbar. Wir investieren in Schulgebäude, digitale Infrastruktur, Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams. Gleichzeitig begreifen wir Bildung nicht nur als schulische Leistung, sondern als Persönlichkeitsentwicklung – dazu gehören kulturelle und sportliche Angebote ebenso wie politische Bildung und Umwelterziehung.

Krefeld ist eine Kulturstadt. Ihre Vielfalt – von Museen über freie Szenen bis hin zu kultureller Bildung – ist ein Motor für Offenheit, Kreativität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kultur darf kein Nischenangebot sein, sondern muss allen zugänglich sein. Daher wollen wir kulturelle Teilhabe stärken, Orte der Begegnung schaffen, freie Kulturschaffende unterstützen und insbesondere Kinder und Jugendliche in Kontakt mit Kunst und Kultur bringen.

Sport ist für uns mehr als Bewegung: Er schafft Gemeinschaft, fördert Gesundheit, stärkt Ehrenamt und Integration. Ob auf dem Sportplatz, im Schwimmbad oder beim Lauf durch den Stadtpark – wir GRÜNE wollen den Sport in seiner ganzen Vielfalt erhalten und stärken. Dabei denken wir Sport und Klimaschutz zusammen: nachhaltige Sportanlagen, bessere Erreichbarkeit per Fahrrad oder ÖPNV und ein konsequenter Fokus auf Inklusion und Barrierefreiheit.

Mobilität neu denken – für Klimaschutz und Lebensqualität
Eine zukunftsfähige Stadt braucht ein modernes, nachhaltiges Mobilitätskonzept. Wir GRÜNE denken Mobilität nicht vom Auto her, sondern vom Menschen. Unser Ziel ist eine multimodale Stadt, in der sich alle – ob zu Fuß, mit Rad, Bus, Auto oder Bahn – sicher, barrierefrei und klimafreundlich fortbewegen können.

Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, den Radverkehr stärken, Fußwege sicherer machen und alternative Mobilitätsangebote wie Carsharing fördern. Damit schaffen wir nicht nur Verkehrsberuhigung und Klimaschutz, sondern erhöhen auch die Lebensqualität in unseren Quartieren.

Wirtschaft und Innovation im Zeichen der nachhaltigen Transformation

Krefeld ist Industriestandort mit langer Tradition. Diese Zukunft wollen wir bewahren – aber nachhaltig. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die ökologisches Handeln mit unternehmerischer Innovationskraft verbindet. Die Stärkung grüner Technologien, die Förderung von Start-ups, die Revitalisierung von Brachflächen und eine gerechte Fachkräftepolitik stehen im Zentrum unseres wirtschaftspolitischen Ansatzes.

Wirtschaft darf nicht Selbstzweck sein – sie muss den Menschen dienen. Deshalb setzen wir auf faire Arbeitsbedingungen, starke öffentliche Infrastruktur und gezielte Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ist für uns die Voraussetzung für eine gerechte Stadtgesellschaft und die ökologische Wende.

Demokratie stärken – gemeinsam die Stadt gestalten

Eine funktionierende Demokratie lebt von Beteiligung. Gerade auf kommunaler Ebene ist es wichtig, Bürger*innen einzubinden, transparente Prozesse zu fördern und echte Mitgestaltung zu ermöglichen. Demokratie darf kein Elitenprojekt sein – sie gehört auf die Straße, ins Quartier, in die Schule und ins Netz. Wir wollen Beteiligungsformate modernisieren, Nachbarschaften stärken, die Jugendbeteiligung ausbauen und mehr

Beteiligung schaffen, z. B. indem wir Bürgerräte etablieren. So entsteht eine lebendige, diverse Stadtgesellschaft, in der jede Stimme zählt.

Verwaltung, Finanzen und Ordnung: handlungsfähig und gerecht

Krefeld muss auch in Zeiten knapper Kassen handlungsfähig bleiben. Dafür braucht es kluge Finanzpolitik, effektive Verwaltung und ein hohes Maß an Transparenz. Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch im Sinne der Bürger*innen.

Eine sichere, lebenswerte Stadt ist unser erklärtes Ziel – aber nicht auf Kosten der Rechte anderer. Wir setzen auf eine Präventionsstrategie, die auf Präsenz, Schutz und Solidarität basiert – nicht auf Ausgrenzung.

Unser Kompass: eine Stadt, die ökologisch, sozial und demokratisch zusammenhält

Diese Wahl ist eine Entscheidung über die Zukunft unserer Stadt. Wir GRÜNE wollen Verantwortung übernehmen – mit Vision, Mut und Entschlossenheit. Unser Ziel ist eine Stadt, die ökologisch handelt, sozial zusammenhält und demokratisch gestaltet wird. Eine lebenswerte Stadt für alle – für uns heute und für künftige Generationen.

Deswegen: Am 14. September 2025 GRÜN wählen!

RÜCKBLICK AUF EINE BEWEGTE WAHLPERIODE: WIR HABEN KREFELD VERÄNDERT

Die vergangenen fünf Jahre standen unter dem Zeichen großer Herausforderungen – von der globalen Klimakrise über die Corona-Pandemie bis hin zu den Folgen des russischen Angriffskriegs und der Energiekrise. Gleichzeitig war es aber auch eine Zeit des Aufbruchs und des Miteinanders. Gemeinsam mit vielen engagierten Menschen in dieser Stadt haben wir GRÜNE Verantwortung übernommen – sowohl im Rat als auch in den Bezirksvertretungen.

Wir haben konkrete Veränderungen auf den Weg gebracht, die Krefeld gerechter, ökologischer und zukunftsfähiger machen. Dieser Rückblick macht deutlich: GRÜNE Politik wirkt. Und wir haben trotzdem noch viel vor.

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung konsequent vorangebracht:

- Klimaneutralität 2035 beschlossen, Maßnahmenkatalog aktualisiert und Monitoring neu aufgesetzt
- Klimastab personell auf- und ausgebaut
- Windenergieflächen identifiziert und Planungen vorangetrieben
- Förderprogramm für private Klimainvestitionen etabliert und verstetigt
- Klimaanalyse als Planungsgrundlage erstellt
- Klimawirkungsprüfung eingeführt
- PV-Pflicht für Neubauten eingeführt
- Das Projekt „PV auf allen städtischen Liegenschaften“ gestartet
- Nutzung von regionalem Ökostrom für städtische Liegenschaften beschlossen
- Klimaschutzkonzept für den Zoo erstellt
- Kommunale Wärmeplanung vorangetrieben
- Hitzeschutzplan auf den Weg gebracht

Naturschutz gestärkt:

- Mehr Personal geschaffen, u. a. für Vertragsnaturschutz, Umweltinspektion, Baumschutz
 - Biodiversitätskonzept erarbeitet
 - Mehr Geld für Baumnachpflanzung und Blühflächen bereitgestellt
 - Lärmaktionsplan Stufe IV beschlossen
 - Luftqualitätsgutachten beauftragt
 - Aktualisierung der Baumschutzsatzung beschlossen
- Mehr Nachhaltigkeit und Tierschutz verankert:
- Erste Nachhaltigkeitsberichterstattung der Stadt initiiert
 - Projekt „Essbare Stadt“ etabliert
 - Leitlinien für faires Catering und ökofaire Beschaffung beschlossen
 - Förderkonzept für Bio-Landwirtschaft in Auftrag gegeben
 - Nachtmähverbot für Mähroboter beschlossen

- Auftrag zur Erarbeitung einer Katzenschutzverordnung erteilt
- Erstmals Haushaltsmittel für Wildtierhilfe bereitgestellt

Sozialen Zusammenhalt gestärkt:

- Drogenhilfzentrum beschlossen und eröffnet
- „Obdach Krefeld“ beschlossen und eröffnet
- Einrichtung für wohnungslose Frauen beschlossen und eröffnet
- Streetwork deutlich ausgebaut
- Fachbereich Wohnen gegründet
- Wohnraumschutzsatzung verabschiedet
- Soziale Infrastruktur finanziell abgesichert (u. a. Frauen- und Männerberatung, Verhütungsmittelfonds)
- Still- und Wickelmöglichkeiten in der Innenstadt verbessert
- Kostenlose Hygieneartikel an Schulen bereitgestellt
- Initiative für Geburtshaus positiv politisch begleitet

Barrierefreiheit und Inklusion verankert:

- Inklusionsgremium eingesetzt, Inklusionsplan und barrierefreies Stadtportal gestartet
- Neue Stelle für Inklusionsplanung geschaffen
- Barrierefreiheit bei Bürgerbüros und Wahlen verbessert
- Verschiedene Übersetzungen in Leichter Sprache umgesetzt

Gesundheitspolitik neu aufgestellt:

- Gesundheitsamt neu organisiert
- Gesundheitskarte für Geflüchtete eingeführt
- Hitzeschutzkonzepte umgesetzt (Trinkwasserbrunnen, Kommunikation, Infrastruktur)

Integration aktiv gestaltet:

- Antidiskriminierungsstelle eröffnet
- „Partner der Integration“ weiterentwickelt – 50.000 €/Jahr für Migrantenselbstorganisationen
- Bündnis „Sichere Häfen“ mit Leben gefüllt, Patenschaft für Rettungsboot übernommen
- Budget für Integrationsausschuss eingerichtet
- Mahnmal für NSU-Opfer beschlossen
- Ausländerbehörde: erste Fortschritte bei Wartezeiten erzielt

Gleichstellungspolitik gestärkt:

- Beitritt zur Europäischen Charta zur Gleichstellung beschlossen und mit Personalstelle hinterlegt
- Für sexistische Werbung sensibilisiert
- Aufklärungsarbeit zu Genitalverstümmelung gestartet

Kinderrechte und Jugendbeteiligung gestärkt:

- Krefelder zur „Kinderfreundlichen Kommune“ gemacht
- Jugendbeirat mit eigenen Räumen und mehr Mitteln für eigenverantwortliches Arbeiten ausgestattet
- Jugendpartizipation strukturell gestärkt

Bildung sozial, digital und nachhaltig verbessert:

- Schulsozialarbeit an allen 17 Grundschulen des Gemeinsamen Lernens ausgebaut, Ausbau der systemische Schulbegleitung initiiert
- „Haus der Bildung“ als zentrales Steuerungsinstrument aufgebaut
- Digitale Infrastruktur an Schulen modernisiert (Endgeräte, Netze, Support)
- Antrag zur Förderung von Trinkwasser in Schulen beschlossen
- PV-Anlagen auf Schuldächern installiert

Frühkindliche Bildung gestärkt:

- Krefelder Kita-Konferenz als dauerhaftes Austauschformat etabliert
- 17 Sprach-Kitas gefördert (14 in städtischer Trägerschaft), weitere sind in Planung
- Kita-Catering nach DGE-Standards weiterentwickelt

Inklusive und nachhaltige Bildungsorte geschaffen:

- Inklusive Spielplätze gefördert: u. a. mit Rollikarussells, Vogelnechtschaukeln, taktilen Elementen
- Deutschlandticket für Schüler*innen eingeführt

Freie Szene gestärkt – Kultur neu gedacht:

- Kulturhilfefonds und Teil der regulären Kulturförderung verstetigt
- 40 % mehr Mittel für die freie Szene im Haushalt 2024/25 verankert
- 750.000 € für neue Proberäume und Ateliers (ehem. Kickartz-Gelände) ermöglicht

- Plattform Kultur als Netzwerk- und Austauschformat gestartet
- Technik der Studiobühne 1 (Fabrik Heeder) verbessert

Kulturelle Vielfalt gefördert:

- Jugendkulturhaus im Stadtbad auf den Weg gebracht
- Krefelder Künstler*innen in städtische Museen eingebunden
- Neues Zuhause und mehr Unterstützung für die Entomologen geschaffen

Sportentwicklung strategisch angepackt:

- Sportentwicklungsplanung abgeschlossen
- Neue Förderrichtlinien mit Fokus auf Inklusion und Klimaschutz beschlossen
- Programm „Krefeld macht Sport“ inklusiv ausgerichtet
- Am Host-Town-Programm der Special Olympics teilgenommen

Infrastruktur modernisiert:

- Sanierung der Turnhalle Lübecker Weg abgeschlossen
- Sanierungen von Glockenspitzhalle und Josef-Koerver-Halle auf den Weg gebracht
- Eishallen klimafreundlich neu geplant – mit Wärmerückgewinnung und PV

Bewegung im Alltag erleichtert:

- „Sport im Park“ jährlich mit 15.000 € gefördert
- Öffentliche, niedrigschwellige Sportangebote über „Krefeld bewegt sich – natürlich“ ausgebaut
- Verkehrswende vorangebracht – Schritt für Schritt:
 - Mobilitätskonzept und Radverkehrskonzept beschlossen und mit Umsetzung begonnen
 - Promenade: Anbindung an Großmarkt priorisiert, Entwurfsplanung weiterer Abschnitte gestartet
 - Verkehrsberuhigung Joseph-Beuys-Platz beschlossen
 - Realisierungswettbewerb Mobilitäts-Hub Willy-Brandt-Platz angestoßen

Fahrrad- und Fußverkehr gestärkt:

- Mehr Personal für Radverkehrsplanung und Umsetzung ermöglicht
- Mehr Geld für den Radverkehr im Haushalt verankert
- Förderung von Lastenrädern eingeführt

- Prüfung ausgewählter Kreuzungen für „Grünen Pfeil“ beschlossen
- Autoverkehr reduziert – Raum neu verteilt:
- Autofreie Zonen eingerichtet
- Stellplatzsatzung neu gefasst – Fokus auf nachhaltige Mobilitätsangebote gelegt
- Managerstelle für Quartiersgaragen geschaffen
- Elektromobilitätskonzept beauftragt, Gespräche zum Fahrradverleihsystem mit SWK gestartet
- Verkehrsmodell zur Entlastung des Bockumer Zentrums beschlossen

Stadtentwicklung ökologisch und gemeinwohlorientiert aufgestellt:

- PV-Pflicht auf Neubauten beschlossen
- Dachbegrünung zum Standard gemacht – u. a. bei Eishallen und städtischen Neubauten
- Klimasimulationen bei Bauprojekten als neuer Standard eingeführt

Klaren Fokus auf Nachhaltigkeit und soziale Infrastruktur gelegt:

- Zweckentfremdungssatzung beschlossen
- Prioritätenliste für Bebauungspläne um Kriterien zu Bildungseinrichtungen und Kita-Standorten ergänzt
- Wettbewerb und Rahmenplanung für das nachhaltige Baugebiet Plankerheide abgeschlossen
- Bebauungsplan „Fette Henn“ gestoppt
- Freiraum Ottostraße: Verzicht auf Bebauung beschlossen
- Willi-Göldenbach-Platz: grüne Umgestaltung beschlossen

Stadt gemeinsam gestaltet:

- Kulturhistorische städtebauliche Analyse als Planungsgrundlage beschlossen
- Mehr Personal in der Unteren Denkmalbehörde geschaffen
- Entwicklungskonzepte u. a. für Fischeln, Breslauer Straße und Theaterplatz beschlossen
- Fläche für freischwimmer e.V. zur Verfügung gestellt

Nachhaltige Wirtschaft gefördert – Flächen neu gedacht:

- Fokus auf Revitalisierung statt auf Neuausweisung von Gewerbeflächen gelegt
- Jährliches Ankaufsbudget von 3 Mio. € zur Flächenaktivierung eingerichtet
- Eigenes Budget der GGK zur Reaktivierung von Gewerbestandorten geschaffen

Gründungskultur und Innovation gestärkt:

- Gründerzentrum Luisenstraße auf den Weg gebracht
- 10-Punkte-Plan zur Förderung von Gründungen beschlossen
- Innovationsbudget von 500.000 €/Jahr etabliert
- Smart-City-Strategie entwickelt

Klimaschutz in der Wirtschaft verankert:

- Krefelder Klimapakt mit über 50 Unternehmen gegründet
- Unterstützung bei Energieeffizienz durch Ökoprotfit-Programm geliefert
- Strategische Positionierung zur EU-Förderperiode 2028–2035 begleitet

Verwaltung zukunftsfähig aufgestellt:

- Fachbereich 11 (IT und E-Governance) gegründet – erstmals zentrale IT-Verantwortung
- Verwaltungskompetenzen im Bereich Digitalisierung, Datensicherheit und Transformation gestärkt
- Arbeitsgruppe zur Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung etabliert

Sicherheit mit sozialem Fokus gedacht:

- Prinzip „Helfen und Handeln“ im Stärkungspakt Innenstadt gestärkt, statt populistische Verbote zu erteilen
- Konzept „Safer Spaces“ für Frauen im Nachtleben und auf Veranstaltungen gefördert

Gleichstellung strukturell gestärkt:

- Beitritt zur Europäischen Charta für Gleichstellung beschlossen
- Personalstelle zur Umsetzung dauerhaft eingerichtet

Solide gewirtschaftet – nachhaltig investiert:

- Ausgeglichener Haushalt seit 2020 – Rücklage von 114 Mio. € aufgebaut
- 2021 aus der Haushaltssicherung entlassen
- Transparenz gestärkt: Digitale Aufbereitung des Haushalts in Arbeit
- Grundlagen für strategische Haushaltsführung mit Nachhaltigkeitsaspekten gelegt



UMWELT, KLIMA, NATUR – UNSERE VERANTWORTUNG

Die globalen ökologischen Krisen – allen voran die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt – sind längst in unserem Alltag angekommen. Auch in Krefeld spüren wir die Folgen: Hitzesommer und Starkregen, schwindende Artenvielfalt, Belastungen für Wasser, Luft und Böden. Diese Herausforderungen bedrohen unsere Lebensgrundlagen und treffen dabei nicht alle Menschen gleich – sie verschärfen soziale Ungleichheiten und belasten besonders die Schwächsten.

Für uns ist klar: Umwelt- und Klimaschutz sind kein „Nice to have“, sondern die Basis für eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt. Diese Themen gehören ins Zentrum kommunaler Politik – als Querschnittsaufgaben, die alle Fachbereiche betreffen, mit einem gemeinsamen Verständnis dafür, was Verantwortung bedeutet: für die heute lebenden Menschen, für kommende Generationen und für unsere Umwelt.

Klimaschutz

Die Klimakrise ist längst Realität – auch in Krefeld. Hitzesommer, Starkregen, Trockenphasen und die Folgen zeigen: Wir müssen heute handeln, um morgen handlungsfähig zu bleiben. Der Schutz des Klimas und die Anpassung an bereits jetzt spürbare Veränderungen gehören zu den drängendsten Aufgaben unserer Zeit, und das bedeutet: Klimaschutz ist kein Sonderthema, sondern Querschnittsaufgabe.

Mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 und dem Konzept KrefeldKlima2035 hat sich die Stadt ambitionierte, aber notwendige Ziele gesetzt. Diese dürfen kein Papiertiger bleiben – sie müssen mit konkreten Maßnahmen, verlässlicher Finanzierung und transparentem Umsetzungscontrolling in die Tat umgesetzt werden.

Gleichzeitig müssen wir unsere Stadt resilient gegenüber den Folgen des Klimawandels machen: durch gezielte Klimafolgenanpassung, durchdachte Wärmeplanung, nachhaltige Energieversorgung und soziale Ausgewogenheit bei der Transformation.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine konsequente Umsetzung des Klimaschutzkonzepts KrefeldKlima 2035 (mit dem Klimaneutralitätsziel 2035) sowie der notwendigen Maßnahmen für die Klimafolgenanpassung. Dies wird als Querschnittsaufgabe verstanden, sodass in allen Fachbereichen die dafür notwendigen Stellen und finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
- ein öffentlich einsehbares, niederschwelliges Controlling der Maßnahmenumsetzung.
- ein Festschreiben der Klimawirkungsprüfung als fester, obligatorischer Bestandteil im Vorlagen-Workflow.

- einen umgehenden Beschluss der kommunalen Wärmeplanung, um darauf aufbauend die lokale Wärmewende sowie die notwendige Sanierungsoffensive in Fahrt zu bringen. Die flankierende Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit von Hauseigentümer*innen, aber auch Mieter*innen, gemeinsam mit den städtischen Töchtern, der Sparkasse Krefeld, aber auch z. B. der Handwerkskammer, der IHK, Haus und Grund sowie Energieberater*innen stellt ein zentrales Element dar, um die notwendigen Sanierungs- und Finanzierungsaufgaben zu stemmen.
- ein Förderprogramm, um Eigentümer*innen zur Sanierung von Problemimmobilien zu bewegen. Dabei werden Fördermittel von Land und Bund mit einbezogen, die Stadt versteht sich hier als Vermittlerin.
- eine strategische Planung der Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes. Über die Erschließung von alternativen Erzeugungskapazitäten soll die Fernwärme langfristig unabhängiger von der Müllverbrennungsanlage bzw. den verfügbaren Müllmengen gemacht werden.
- die Ausschöpfung der kommunalen Möglichkeiten, um Windenergie-Projekte zu fördern und zu ermöglichen. Dabei wird die finanzielle Beteiligung der Anwohnenden grundsätzlich mitgedacht.
- eine Aktivierung vorhandener Dachflächen sowie Parkplätze für die Nutzung zur Strom- und/oder Wärmeerzeugung. Über gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen Eigentümer*innen von entsprechenden Immobilien und Flächen in den Fokus genommen werden.
- Freiflächen-Photovoltaik, bei der die Mehrfachnutzung der Flächen mitgedacht wird (z. B. auf versiegelten Flächen oder Brachflächen wie z. B. auf der Kaserne Forstwald oder als Pilotprojekt für eine Pufferzone rund ein Naturschutzgebiet).
- städtische Förderprogramme, die so ausgerichtet werden, dass Mitnahmeeffekte minimiert und insbesondere einkommensschwache Haushalte befähigt werden, energetische Verbesserungen zu realisieren. Dabei sollen die Möglichkeiten gemeinschaftlicher Energienutzungskonzepte auf Mehrfamilienhäusern gezielt unterstützt werden.

Natur, Landschaft und Tiere schützen

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit – lokal wie global. Der Verlust an Artenvielfalt, der Flächenverbrauch, die Zerschneidung von Lebensräumen und die fortschreitende Umweltzerstörung gefährden nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern letztlich auch uns Menschen. Denn intakte Ökosysteme sind unsere Lebensversicherung: Sie reinigen Luft und Wasser, regulieren das Klima, sichern die Bodenfruchtbarkeit und bieten Erholungsräume in einer zunehmend verdichteten Welt.

Der Schutz von Natur, Landschaft und Tieren ist keine freiwillige Aufgabe, sondern eine essenzielle Zukunftsinvestition. Wer die planetaren Grenzen achtet, muss Biodiversität genauso ernst nehmen wie den Klimaschutz – und beides zusammendenken. Unsere Stadt trägt Verantwortung für ihre natürlichen Räume und die darin lebenden Arten. Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden, indem wir konsequent handeln, wertvolle Flächen sichern, Biotope vernetzen, Lebensräume schützen und Tiere achten – in der freien Landschaft ebenso wie im urbanen Raum.

Zugleich erkennen wir die wertvolle Arbeit an, die Ehrenamtliche, Verbände und Institutionen in Krefeld bereits seit Jahren leisten. Ihr Wissen und ihr Engagement sind ein zentraler Baustein für den Erfolg kommunaler Naturschutzpolitik. Krefeld soll eine Stadt sein, die Natur als Mitwelt versteht – nicht als Kulisse. Eine Stadt, die Lebensräume erhält, Tiere schützt und die Vielfalt des Lebens auch für kommende Generationen sichert.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Beschluss des Biodiversitätskonzepts, damit dieses künftig – neben dem Klimaschutzkonzept – als zentrale Leitlinie zur Einhaltung der planetaren Grenzen gilt. Die notwendigen lokalen Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Biodiversitätskrise in ihren Folgen entschlossen anzugehen. Die Kenntnisse der in diesem Bereich tätigen Verbände und Vereine werden dabei einbezogen und die Expertise genutzt.
- eine Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität parallel zur Erarbeitung des Konzepts, um die Relevanz von Biodiversitätsschutz zu vermitteln, aber auch selbst Handlungswilligen zu beweisen. Beispiele hierfür sind Bildungsangebote mit Kooperationspartnern zum Thema „biodiversitätsfördernde Maßnahmen im eigenen Handlungsspielraum“, die biodiversitätsfördernde Gestaltung des Straßenbegleitgrüns sowie die Aufwertung der Praxis der Grünpflege durch den KBK bezogen auf das Auf-Stock-Setzen.
- die Umsetzung des Freiflächenplans und Grünordnungsplans als Rahmenwerke, um die darin liegenden Chancen zur Biotopvernetzung nutzen zu können (insb. dem „inneren und äußeren Ring“). Durch planungsrechtliche Sicherungen sollen die im Freiflächenplan identifizierten Flächenzusammenhänge vor anderen Nutzungsabsichten geschützt werden.
- den Schutz und die Erweiterung der bestehenden Naturschutzgebiete. Die Arbeiten am Naturschutzgebiet Niepkuhlen und Riethbenden werden weitergeführt, um dieses Ökosystem langfristig zu stabilisieren, die Erweiterung des Naturschutzgebiets Egelsberg wird vorangetrieben.
- die Sicherung des Status als Naturwaldgemeinde und

damit einhergehend die Weiterentwicklung der bestehenden Waldflächen, einschließlich jener auf dem Waldgut Schirmau. Die aus der Nutzung genommenen Flächen (5 %) werden in den Landschaftsplan als „Geschützte Landschaftsbestandteile“ (GLB) aufgenommen, um diese dauerhaft zu sichern.

- die Initiierung des anstehenden, turnusmäßigen Landschaftsplanänderungsverfahrens.
- den Beschluss einer Katzenschutzverordnung, um die Population an verwilderten Katzen so weit wie möglich zu minimieren.
- den Ausbau der Aktivitäten des Krefelder Zoos im Bereich der heimischen Wildtierhilfe. Neben den klassischen Aufgaben des Zoos soll zum einen die dortige Expertise genutzt werden, aber auch mehr Sichtbarkeit für unsere heimischen Wildtiere und ihre Bedürfnisse geschaffen werden.
- den perspektivischen Aufbau einer Wildtierstation in Krefeld. Die finanziellen Ressourcen sollen dabei insbesondere über eine Kooperation mit der Landes- und Bundesebene gesichert werden.
- die Initiierung eines runden Tisches zum Thema Wildtierschutz, um die vielen ehrenamtlichen Player in Krefeld besser mit den zuständigen Mitarbeitenden der Stadt zu vernetzen.
- die Kartierung und Prüfung der Wiedervernässung von Torfvorkommen.
- die Verstetigung und Ausweitung des Projekts zur öko-fairen Beschaffung. Darüber hinaus die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien und die Einforderung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten beim Einkauf sensibler Produkte durch politische Beschlüsse.

Landwirtschaft und Ernährung nachhaltig gestalten

Eine zukunftsfähige Stadt beginnt auf dem Acker, im Supermarkt und auf dem Teller. Landwirtschaft und Ernährung sind für uns GRÜNE keine getrennten Sphären – sie sind eng miteinander verwoben und haben tiefgreifende Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit. Unsere Ernährung prägt die Art, wie wir unsere Böden nutzen, unsere Landschaft gestalten und unsere natürlichen Ressourcen bewahren. In Zeiten von Klimakrise, Artensterben und globalen Lieferketten, die immer wieder an ihre Grenzen stoßen, gewinnt die regionale und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln enorm an Bedeutung. Sie schützt unsere Lebensgrundlagen, stärkt die lokale Wirtschaft und schafft Vertrauen zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen. Dabei geht es nicht um Verzicht, sondern um Verantwortung.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- ein grundsätzliches gemeinsames Denken der Themen Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt.
- einen Fokus auf die regionale Produktion von Nahrungsmitteln. Daher wird bei Projekten, die Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entziehen (z. B. Straßenbau, Siedlungsbau, Freiflächenphotovoltaik), genau geprüft, ob diese nicht auf anderen Flächen (z. B. Brachflächen) besser realisiert werden können.
- den Beschluss und die Umsetzung eines Konzepts zur Förderung von Bio-Betrieben.
- eine Bewerbung der Stadt Krefeld als Öko-Modellregion, z. B. in Kooperation mit dem Kreis Viersen.
- eine aktiv vermittelnde Rolle der Stadt bei Flächentausch- und Flurbereinigungsverfahren (z. B. am Flöthbach) und die Weiterführung der Überprüfung der Wegraine.
- den Erhalt, aber auch die Weiterentwicklung der Wochenmärkte: Als wichtiger Anker für die regionale Vermarktung gilt es, sich an gesellschaftliche Veränderungen anzupassen und nicht als Nische unterzugehen. Es sollen gemeinsam mit den Marktbesckern Ideen entwickelt werden, die die Interessen aller Beteiligten widerspiegeln.
- die Stärkung regionaler Erzeuger*innen, indem das Stadtmarketing Produkte aus Krefeld in seinen Aktionen und Veranstaltungen platziert.
- eine Kita- und Schulverpflegung, bei der die Stadt ihre Möglichkeiten nutzt, um regionale Nahrungsmittelproduktion und die jeweiligen Vertriebsstrukturen zu fördern.
- einen runden Tisch zum Thema Ernährungsarmut, um die relevanten Akteur*innen in Krefeld im Sinne einer Vernetzung und Weiterentwicklung der bisherigen Aktivitäten in den Fokus zu nehmen.
- die Gründung eines Ernährungsrates, um darüber einen umfassenden Blick auf die städtische Ernährungspolitik zu erarbeiten und die relevanten Themen zu begleiten, wie z. B. die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten oder die Bekämpfung der Ernährungsarmut.
- die Weiterentwicklung des Konzeptes ESSBARES KREFELD auf den öffentlichen Flächen, damit an mehr Orten Obst

und Gemüse wächst und gedeiht und für alle zugänglich ist.

- eine Richtlinie, damit es in Kantinen städtischer Einrichtungen immer die Möglichkeit gibt, ein gesundes pflanzliches Essen auszuwählen. Bei städtisch organisierten Veranstaltungen, wie z. B. dem besonderen Weihnachtsmarkt, wird sichergestellt, dass auch vegetarische und vegane Speisen angeboten werden.

Luft und Wasser schützen, Lärm reduzieren

Saubere Luft, sauberes Wasser und eine nicht durch Lärm dominierte Umgebung sind keine Luxusgüter – sie sind grundlegende Voraussetzungen für Gesundheit, Lebensqualität und ein gutes Miteinander in der Stadt.

Krefeld war und ist ein Industriestandort mit einer dicht bebauten Innenstadt nebst hohem Verkehrsaufkommen und direkter Nähe zu Autobahnen. Aufgrund dieser Konstellation sind die Verbesserung der Luftqualität, die Verminderung von Lärm und der Schutz des Wassers Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn ganzheitlich gedacht wird und in vielen Bereichen die richtigen Schritte eingeleitet werden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die konsequente Umsetzung des Luftreinhalteplans, mit einem Fokus auf den großen Hebel, der sich hierbei durch die Verkehrswende bietet. Das Messnetz wird dabei weiter digitalisiert und die gewonnenen Daten zur Justierung der Maßnahmen genutzt.
- eine Ausweitung der vorhandenen Verbotszonen für privates Feuerwerk. Solange kein bundesweites Verbot für privates Feuerwerk erlassen wurde, nutzen wir die Möglichkeit, um darüber Menschen, Wildtiere, Haustiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern, Müllberge zu reduzieren und die Rettungsdienste zu entlasten. Als Ersatz für das private Feuerwerk werden in der Innenstadt sowie in den Stadtteilen ein öffentlich organisiertes Feuerwerk oder Laser-/Drohnenshows angeboten.
- die weitere Digitalisierung des Grundwassermessnetzes sowie die Nutzung und Zurverfügungstellung der dadurch gewonnenen Daten. Die zuständigen Fachbereiche werden darüber in die Lage versetzt, die daran angrenzenden Aufgaben, auch bezogen auf die Überwachung und Sanierung von Altlasten, zeitnah zu erfüllen.
- eine Förderung der Versickerung von Niederschlagswasser, wobei gleichzeitig die Eignung der Anlagen sichergestellt wird, den Eintrag von Schadstoffen in den Boden zu verhindern.
- die konsequente Umsetzung des Lärmaktionsplans, mit einem Fokus auf den großen Hebel, der sich hierbei durch die Verkehrswende bietet.
- die grundsätzliche Begrünung von Lärmschutzwänden, im Sinne der Bindung von Feinstaub.

Abfall vermeiden und Rohstoffe zurückgewinnen

In einer Welt, die immer mehr Rohstoffe verbraucht und zugleich unter den ökologischen Folgen ihres Abfallaufkommens leidet, wird eine echte Kreislaufwirtschaft zu einer zentralen Frage und zu einer großen Chance. Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling gehören ins Zentrum kommunaler Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Was wir wegwerfen, ist oft noch wertvoll. Dennoch: Die große Masse der Abfälle wird verbrannt, nur ein Bruchteil wird tatsächlich als gleichwertiger Rohstoff zurückgewonnen. Diese Potenziale zu nutzen ist eine gemeinsame Aufgabe, die Stadt, Unternehmen und Bürger*innen gleichermaßen fordert.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine ambitionierte Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts, indem es nicht als eine gesetzlich notwendige Absichtserklärung verstanden wird, sondern als Konzept, das tatsächlich umgesetzt werden soll.
- Krefeld als Standort für innovative Recyclinglösungen mithilfe gezielter Aktivitäten der Wirtschaftsförderung.
- die Ausschöpfung der kommunalen Möglichkeiten zur Förderung von Mehrweglösungen und damit einhergehend die Reduzierung von Einwegverpackungen und daraus resultierendem Littering. Gemeinsam mit den lokalen Akteur*innen aus Gastronomie und Handel soll dazu ein tragfähiges System entwickelt werden.

- die bestmögliche Nutzung der Müllströme im Sinne der Kreislaufwirtschaft – über die städtischen Töchter und ihre vertragliche Beziehung zueinander. Dies betrifft insbesondere die langfristige Kapazitätsplanung im Hinblick auf die in Krefeld entstehenden Müllmengen: Es sind wirksame Methoden zu entwickeln und anzuwenden, um nutzbare Stoffe, insb. biogene Anteile in Rest- und Sperrmüll zu separieren und darüber die Verbrennungsmengen zu reduzieren.
- die Integration einer 4. Klärstufe in die Kläranlage zum Schutz unserer Gewässer vor Mikroplastik und Medikamentenrückständen. Die dafür notwendigen Gesetzgebungsmaßnahmen auf übergeordneten Ebenen werden aktiv verfolgt, um eine Tragfähigkeit basierend auf dem Verursacherprinzip sicherzustellen.
- ein konsequentes Ahnden von Littering und Wegwerfen von Zigarettenkippen durch den kommunalen Ordnungsdienst.
- den Ausbau und die Aufwertung der Möglichkeiten zur korrekten Entsorgung von Abfällen: über einen Wertstoffhof im Westen, aber auch wohnortnahe Möglichkeiten, die gleichzeitig so gestaltet sind, dass eine Vermüllung der Standorte vermieden wird.
- gezielte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Müllvermeidung und Upcycling in Kooperation mit lokalen Vereinen. Die Stadt geht hier bezogen auf ihre eigenen Einrichtungen mit gutem Beispiel voran und wirkt als Multiplikatorin.
- die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung über eine Infokampagne sowie Projekte mit Mensen/Kantinen und lokalen Unternehmen.

Eine Stadt für alle – sozial, solidarisch, gerecht

Wir GRÜNE setzen uns für eine sozial gerechte Gesellschaft ein, in der jeder Mensch teilhaben kann, vor Armut geschützt ist und selber über sein Leben bestimmen kann. Eine Stadt für alle ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, die ihren Beitrag zum sozialen Frieden leistet. Dabei helfen Quartiere, in denen sich alle begegnen können, um Gemeinschaft zu feiern, auch ohne dabei für Umsatz in der Gastronomie zu sorgen.

Krefeld braucht den Zusammenhalt über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und muss die Teilhabe aller Bürger*innen am gleichberechtigten und kulturellen Leben ermöglichen. Das erfordert ein soziales Netz, das Menschen in Notsituationen effektiv stützen kann. Das soziale Netz in Krefeld funktioniert, da die Stadt von freien und konfessionellen Trägern und den zahlreichen Beratungsstellen bei ihren Pflichtaufgaben unterstützt wird. Die Träger arbeiten deshalb so erfolgreich, weil sie einerseits weltanschaulich gebundene Personen direkter ansprechen und andererseits eigene freiwillige Helfer*innen, Unterstützerkreise und Stiftungen für das soziale Netz mobilisieren. Wir brauchen gerade in diesen Bereichen eine Stärkung des gesamten sozialen Netzes und eine finanzielle Stärkung der sozialen Träger – denn wir stehen hinter dem Subsidiaritätsprinzip und wollen die bunte Trägerlandschaft in Krefeld beibehalten und unterstützen.

Statt auf Sanktionen für Menschen in finanziellen Notlagen zu setzen, wollen wir eine individuelle Beratung und Förderung auf Augenhöhe. Alle Menschen, die Unterstützung benötigen, brauchen Anerkennung und gute Beratungsangebote. Sei es bei Suchtproblemen, unbezahlten Rechnungen oder Einsamkeit, die als gesamtgesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt ist und sowohl Kinder als auch ältere Menschen besonders betrifft.



Krefeld für den demografischen Wandel fit machen

Der demografische Wandel hat auch in Krefeld einen immer größeren Anteil älterer Bürger*innen zur Folge. Damit gehen eigene Anforderungen einher, z. B. im Bereich Wohnen, städtische Dienstleistungen und soziale Teilhabe. Wir müssen diese Bedürfnisse stärker berücksichtigen und altersgerechtes Wohnen und Leben ermöglichen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine feste Quote an altersgerechtem Wohnraum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, idealerweise mit hohem Mehrgenerationenanteil.
- die Förderung von Mehrgenerationenprojekten, z. B. durch planerische Unterstützung oder Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten.
- die Zusammenführung von Jung und Alt, z. B. durch Patenschaften von Kindern und Senioren aus Altenheimen.
- die Sicherstellung der Nahversorgung, z. B. hinsichtlich Lebensmitteleinzelhandel, Ärzt*innen oder ÖPNV-Anbindung in den Quartieren.
- den Ausbau der Werbung für Pflegeberufe und die Aufwertung des Images für Pflegeberufe in enger Abstimmung mit den medizinischen Facheinrichtungen in der Stadt.
- eine Verwaltung, die bei ihren Entwürfen ausreichend Sitzgelegenheiten für ältere und/oder gehbehinderte Menschen berücksichtigt und bei der Gestaltung von Sportanlagen auf öffentlichen Flächen wie im Stadtwald Übungsmöglichkeiten für ältere Menschen einplant.
- ein Angebot der Stadt an von Altersarmut betroffene Menschen, das ihnen soziale Teilhabe und damit ein Leben in Würde ermöglicht, ähnlich den bekannten BuT-Leistungen (Bildung und Teilhabe).
- eine jährlich stattfindende Alleinerziehenden-Messe. Die entstandenen Alleinerziehenden-Netzwerke werden weiter unterstützt und an die aktuellen Bedarfe angepasst, damit sie auch Eltern mit Migrationshintergrund erreichen.
- eine städtische Koordinierungsstelle, die Alleinerziehende zusätzlich z. B. bei der Vermittlung flexibler Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bei der Beantragung der familienpolitischen Leistungen unterstützt. Dabei sollten auch Eltern mit Migrationshintergrund erreicht werden.

Quartiersarbeit und Ehrenamt

Quartiere sind das lokale Lebensumfeld der Krefelder*innen und tragen erheblich zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt in der Stadt bei. Krefeld muss die Quartiere stärken und mit Leben füllen. Hier gilt es, Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement zu fördern sowie Räume und Möglichkeiten zu schaffen, in denen sich Stadtteileleben entfalten kann. Das Hauptaugenmerk soll auf die Quartiere gelegt werden, in denen viele Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen, Familienformen und Altersstufen auf engem Raum zusammenleben. Hier wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein positives soziales Klima entsteht, in dem gern gelebt wird, Investitionen gedeihen und neue Bewohner*innen, Einzelhändler*innen und Selbstständige sich ansiedeln wollen. Quartiersarbeit leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Präventionsarbeit für die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Krefeld ist in NRW ein positives Beispiel und Vorbild für erfolgreiche Quartiersarbeit, und es gibt noch viele gute Ideen für eine Ausweitung. So könnte z. B. die Einrichtung von Gesundheitskiosken bzw. Gesundheitscafés in Stadtteilen mit hohen sozialen Herausforderungen die Gesundheitsvorsorge verbessern. In diesen erhalten Menschen niedrigschwellig Unterstützung und Beratung. Quartiersarbeit sollte sichtbar werden, vor allem durch den Abbau von Sprachbarrieren und bessere Werbung.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine nachhaltige Gestaltung und dauerhafte Finanzierung der sozialen Quartiersarbeit durch die Stadt mit konkreten Zielen, Initiativen und Veranstaltungen für die Stadtteile, in denen der Zusammenhalt besonders gefördert werden soll.
- den Erhalt, die Wiederbesetzung und den Ausbau der Stellen für Quartiershelfer*innen.
- die Einrichtung von Gesundheitslots*innen in allen Quartierszentren. Perspektivisch könnte diese Infrastruktur mit Community Health Nurses und/oder Quartierskrankenpfleger*innen weiter ausgebaut werden.
- die nachhaltige Sicherung für Eigeninitiativen in den Stadtteilen durch materielle und logistische Unterstützung wie z. B. die stärkere Bereitstellung städtischer Räume für Stadtteilveranstaltungen.
- die weitere Unterstützung des Freiwilligenzentrums zur Unterstützung der Ehrenamtler*innen.
- eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit für die sozialen Projekte und die soziale Arbeit in der Stadt durch das Stadtmarketing.

Wohnen und Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit ist ein gesamtstädtisches Problem: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und eine deutliche höhere Quote von gefördertem Wohnungsbau, um auch Menschen mit geringem Einkommen eine Chance auf dem Wohnungsmarkt zu geben.

Das Angebot der Krefelder Wohnungslosenhilfe ist gemeinsam mit der Diakonie, der Caritas und privaten Initiativen gewachsen. Wir begleiten die Umsetzung von Obdach Krefeld und wollen einen kontinuierlichen Austausch mit den Wohlfahrtsverbänden für einen bedarfsgerechten Ausbau der Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten für wohnungslose Menschen. Einrichtungen und Anlaufstellen wie die Bahnhofsmision oder die Emmaus-Gemeinschaft wollen wir langfristig erhalten und unterstützen.

Die Schaffung des neuen Fachbereichs Wohnen sehen wir als großen Erfolg. Zum ersten Mal sind alle Stellen, die sich mit dem Thema befassen, unter einem Dach gebündelt und können Synergien nutzen. Das ist ein guter Anfang – mehr sozialer Wohnungsbau wird das Engagement sinnvoll ergänzen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine auskömmliche, nachhaltige Finanzierung für Obdach Krefeld, die Frauen*unterkunft und die Wohnungsnotfallhilfen in der Stadt.
- den Erhalt und die Förderung von Anlaufstellen für Wohnungslose.
- die Einrichtung eines Tagesaufenthaltes in der Innenstadt in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände.
- die Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit fester Quote von mindestens 30 %.
- die Schaffung von Personalstellen für die effektive Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung.
- die Fortsetzung des wohnungspolitischen Dialogs.

Drogenabhängigkeit und Drogenkonsum

Menschen mit einer Suchtgeschichte haben ihre Treffpunkte und Lebensräume in der Innenstadt. Es gilt, auch diesen Menschen in Abhängigkeit und Not mit Respekt zu begegnen, zumal jede*r selbst oder über Freund*innen und Familie durch Schicksalsschläge betroffen sein könnte.

Das Drogenhilfzentrum ist seit seiner Eröffnung eine Erfolgsgeschichte – um einen sicheren Konsum zu ermöglichen und Beratungsangebote niedrigschwellig anzubieten. Es steht in einer Reihe mit anderen Hilfeangeboten wie dem Medimobil und der Suchthilfe, welche den Menschen unkompliziert helfen und mit hoher Akzeptanz angenommen werden. Respekt und Unterstützung verdienen aber auch Anwohner*innen, Geschäftsleute und Betreibende von öffentlichen Einrichtungen in der Nähe solcher Szenetreffs.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Ausweitung der Öffnungszeiten des Drogenhilfzentrums und einen sicheren Drogenkonsumraum in zentraler Lage mit ausreichenden Beratungsangeboten.
- die schnellstmögliche Einführung eines Angebotes für „drug checking“.
- die Einhaltung von Mindeststandards für den Szenetreffpunkt mit Toilette, witterungsunabhängiger Aufenthaltsmöglichkeit, Platzreinigung und Begleitung durch Streetworker*innen.
- Drogenchecks in Clubs als niedrigschwelliges Angebot der Suchtprävention, um dort Drogen zu analysieren und über die konkreten Gefahren beim Konsum aufzuklären, wie es in anderen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert wird.
- die Ausweitung der Streetwork.

Gesundheit für alle

Das deutsche Gesundheitswesen hat leider nach wie vor Lücken. Gerade in Großstädten leben nicht wenige Menschen ohne Krankenversicherung – z. B. aufgrund einer gebrochenen Erwerbsbiografie oder ihrer Zuwanderungsgeschichte. Damit haben sie keinen verlässlichen Zugang zu medizinischer Versorgung. Wir setzen uns für eine grundlegende Verbesserung des Gesundheitssystems ein, wissen aber: Die Betroffenen brauchen jetzt Hilfe.

Wir GRÜNE unterstützen die Einrichtung einer Clearingstelle, um zumindest einen großen Teil der Betroffenen wieder ins Krankenversicherungssystem zu holen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die zuständigen (politischen) Ebenen und Institutionen ihrer (finanziellen) Verantwortung gerecht werden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften.
- die Sicherung und den Ausbau des Verhütungsmittelfonds.

- die auskömmliche personelle Ausstattung des Gesundheitsamtes.
- Projekte und Maßnahmen zur Gesundheitsprävention vor Ort unter stärkerer Berücksichtigung der mentalen Gesundheit, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.
- eine feministische Gesundheitsversorgung. Uns ist bewusst, dass es nicht nur zwei Geschlechter gibt, weshalb wir explizit feministische und queere Themen und Projekte gemeinsam denken, auch in der Gesundheitspolitik. So wollen wir z. B. allen Menschen kostenlosen Zugang zu Menstruationsprodukten ermöglichen und geschlechtsneutrale, barrierefreie Toiletten für alle in öffentlichen Räumen eröffnen.
- Ein weiterer wichtiger Schritt zu einer lückenlosen Gesundheitsversorgung ist der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und unabhängigen Beratungsstellen im Raum Krefeld. Eine städtische Website soll in einer Übersicht über Verfahren und Beratungsstellen informieren sowie auf öffentliche Listen von Kliniken und Praxen verweisen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
- Des Weiteren wollen wir Beratungsstellen fördern, die in Schulen sexuelle Bildung und Beratung anbieten. Dabei ist uns wichtig, neben bereits bestehenden Gesundheitszentren für Mädchen und Frauen auch spezielle Angebote für Jungengesundheit zu unterstützen.
- die Einrichtung einer Clearingstelle, die Menschen ohne Krankenversicherung den Weg zurück ins Krankenversicherungssystem ermöglicht.

Die Zukunft zusammen gestalten

In Krefeld gibt es eine lange Tradition des Miteinanders von Menschen verschiedenster Herkunft oder Glaubensrichtungen. 36 % aller Krefelder*innen sind Migrant*innen und stammen aus einer Zuwanderungsfamilie, 40.000 Krefelder*innen haben keinen deutschen Pass, in den Krefelder Schulen hat jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund. Migrant*innen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und werden insbesondere angesichts der demografischen Entwicklung unsere Zukunft entscheidend mitprägen.

Wir GRÜNE stehen für gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der verschiedene Personen und Gruppen sich gegenseitig akzeptieren. Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Nationalität sind menschenunwürdig und ein Angriff auf das Grundgesetz. Das Gleiche gilt für demokratiefeindliche und diskriminierende Ideologien unter dem Deckmantel von Religionen. Ihnen muss eine klare und konsequente Absage erteilt werden.

Integration gemeinsam voranbringen

Wir verstehen Integration als Querschnittsaufgabe, die sich durch viele gesellschaftliche Bereiche wie z. B. Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Kultur, Sport und Stadtentwicklung zieht. Sie ist ein gemeinsam gestalteter Prozess, bei dem auf der Grund-

lage des Grundgesetzes auf allen Seiten die Bereitschaft zur Verständigung und zur Veränderung notwendig ist. Für den gesamten Bildungsverlauf von der Kita an ist es notwendig, die Potenziale von Kindern mit Migrationshintergrund zu fördern und ihnen frühzeitige Bildungschancen zu eröffnen. Eine durchgängige sprachliche Bildung, die enge Zusammenarbeit mit Eltern und eine ausgeprägte interkulturelle Kompetenz in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen dabei eine wichtige Rolle spielen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die unmittelbare Integration von fremdsprachigen Kindern in Grund- und Förderschulen.
- eine bessere Sprachförderung in der Sekundarstufe I, um den Übergang von Seiteneinsteiger*innen in Regelklassen zu erleichtern.
- eine bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Schulen, Eltern, Arbeitgeber*innen und Arbeitsagentur, um Brüche in der schulischen Bildung zu vermeiden und Abschlüsse zu erreichen.
- berufsbezogene Sprach- und Weiterqualifizierungskurse für Migrant*innen, da die Deutschkenntnisse aus Integrationskursen nicht für die Ausübung einer Ausbildung reichen.
- den Ausbau von Mentoring-Projekten für Migrant*innen zur Ausbildung und Berufstätigkeit.
- Sprach- und Kulturdolmetscher*innen, z. B. auch mit digitalen Mitteln, die schnell und kostengünstig Hilfestellung bei Behördengängen organisieren. Die Kommunikation zwischen Behörden und Migrant*innen scheitert oft daran, dass sprachliche und kulturelle Barrieren die Kommunikation erschweren oder gar verhindern und auf beiden Seiten zu Frustration führen.
- die Verstärkung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM).
- die Sicherung der Arbeit der Antidiskriminierungsstelle.
- die Sicherstellung einer Kinderbetreuung während der Sprachkurse, um insbesondere Frauen zu ermöglichen, ihre deutschen Sprachkenntnisse auszubauen, und sie dadurch zu stärken.
- die Verkürzung der Bearbeitungszeiten der Ausländerbehörde, z. B. durch eine Taskforce.

Politische Teilhabe stärken – für das kommunale Wahlrecht eintreten

Integration zu fördern heißt insbesondere, die Teilhabe an politischen Willensbildungsprozessen zu ermöglichen. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich damit identifizieren. Politische Integration setzt Beteiligungsrechte für Migrant*innen in allen gesellschaftlichen Fragen voraus. Die Mitwirkungsmöglichkeiten vieler Krefelder Migrant*innen sind schlecht. Wir werden uns weiterhin auf der zuständigen Bundesebene dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürger*innen das kommunale Wahlrecht erhalten.

Die Wartezeiten für Einbürgerungstermine sind extrem lang. Teilweise warten Menschen mehr als zwei Jahre auf einen Termin für die Antragstellung, danach folgt eine langwierige Bearbeitung. Um Integration zu ermöglichen – und nicht zu behindern –, braucht es schnellere Verfahren.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine starke Stimme der Migrant*innenvertreter*innen im neu aufgestellten Integrationsausschuss.
- eine bessere Unterstützung der Migrant*innenselbstorganisationen durch die Stadt.
- eine Aufstockung der Personalstellen in der Einbürgerungsbehörde, um schnellere Verfahren und damit eine frühere Teilhabe zu ermöglichen.

Solidarität mit Geflüchteten

Die große Hilfsbereitschaft der Krefelder*innen zeigte sich eindrucksvoll sowohl 2014 bis 2017 bei der Ankunft vieler Geflüchteter aus Syrien und anderen Herkunftsländern als auch ab 2022 bei der Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine. Mit enormem Engagement wurden Willkommensstrukturen aufgebaut, die zum Teil bis heute bestehen. Diese gelebte Solidarität ist ein starkes Fundament für die langfristige Aufgabe der Integration. Geflüchtete benötigen Unterstützung beim Spracherwerb, in Ausbildung und Arbeit, bei der Wohnungssuche und in vielen alltäglichen Lebensbereichen. Mütter mit Kleinkindern verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit, damit auch sie echte Teilhabe erfahren können.

Die Krefelder Ausländerbehörde wurde nach langen Forderungen endlich zu einer menschenfreundlichen Migrations- und Integrationsbehörde umgewandelt – dies hat bereits zu ersten Verbesserungen für Geflüchtete geführt. Es muss jetzt vorrangige Aufgabe der Stadt sein, diesen Prozess weiter konstruktiv und zügig fortzusetzen – in guter Kooperation mit Fachstellen und NGOs im Bereich der Flüchtlingsarbeit –, um gemeinsam gute Lösungen zu erarbeiten.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Einführung von Standards zur Begutachtung von traumatisierten Geflüchteten durch das Gesundheitsamt.
- das Ausnutzen des Ermessensspielraums bei der Erteilung von Geburtsurkunden in Krefeld geborener Kinder von Geflüchteten.
- die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in gemischten Wohnquartieren.
- die Zusammenarbeit und Unterstützung mit allen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Flüchtlingshilfe.
- den Erhalt der regionalen Beratungsstellen.
- den Ausbau der dringend benötigten Psychosozialen Zentren für traumatisierte Geflüchtete.
- die Auflösung der Ankerzentren, die zur Verhinderung von

Integration und der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit beitragen.

- das Bleiberecht für langzeitgeduldete Menschen.
- die Unterstützung von Menschen im Chancenaufenthalt über den 31.12.2025 (gesetzliches Ende der Antragsstellung) hinaus, da auch 2026 und 2027 noch Menschen in diesem Status sein werden.
- die Beibehaltung der Entscheidung der Stadt gegen die Einführung einer Bezahlkarte für asylsuchende und geduldete Menschen. Sie ist diskriminierend und verursacht unnötige Bürokratie – beides lehnen wir ab.

Aufnahme von Geflüchteten und Seenotrettung stärken

Weltweit führen Krieg, Verfolgung, Unterdrückung und die Folgen der Klimakrise zu Fluchtbewegungen. Aktuell führt die europäische Abschottungspolitik dazu, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken und unter menschenunwürdigen Bedingungen in heillos überfüllten grenznahen Lagern leben müssen. Davor dürfen wir auch kommunal nicht die Augen verschließen, denn wir haben eine globale Verantwortung und sind der Einhaltung der UN- Menschenrechtscharta verpflichtet.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die vorbehaltlose Unterstützung der Forderungen von Aktion Seebrücke.
- Krefeld als aktiven Partner im Städtebündnis „offener Hafen“.
- die Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten unabhängig vom Kontingent.
- die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen aus den Lagern in Griechenland unabhängig vom Kontingent.
- die Anpassung der Gesetzeslage, um dieses kommunale Engagement zu ermöglichen.

Das Integrationskonzept weiterentwickeln

Das Integrationskonzept der Stadt Krefeld wurde von allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet. Ein Teil der gemeinsam formulierten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen wurde umgesetzt. Die Gründung eines Fachbereiches Migration und Integration war der erste Schritt, um die Integration in Krefeld ganzheitlich anzugehen. Jetzt ist es wichtig, den Bereich adäquat und kontinuierlich personell auszustatten und die Mitarbeitenden regelmäßig zu schulen. Auch die interkulturelle Öffnung der ganzen Stadtverwaltung muss vorangetrieben werden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine fortlaufende Evaluierung und Anpassung des Integrationskonzepts an die neuen Herausforderungen der Integrationsarbeit.

- eine bessere finanzielle Ausstattung zur Umsetzung von längerfristigen Integrationsmaßnahmen durch das kommunale Integrationszentrum und die Integrationsagenturen der Caritas und Diakonie.
- die Förderung von Projekten privater Vereine im Rahmen des Programms „Krefeld macht Integration“.

Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention

Asylfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus kommen auch in Krefeld leider immer wieder vor. Dem stellen wir GRÜNE uns entschieden entgegen und werben für ein Krefeld mit menschlichem Antlitz, welches die Menschenwürde schützt und Weltoffenheit auch im täglichen Miteinander lebt.

Wir benennen die AfD klar als Teil des organisierten Rechtsextremismus. Sie ist eine gesichert rechtsextreme Partei. Ihre rechtsextreme, rassistische und völkische Ideologie bedroht unsere demokratische Kultur, auch in Krefeld. Dieser Gefahr stellen wir uns klar entgegen – im Stadtrat, auf der Straße und in der Bildungsarbeit. Für uns ist klar: Es wird mit uns GRÜNEN keine Zusammenarbeit mit der rechtsextremen AfD geben – weder direkt noch indirekt. Wir setzen alles daran, ihre rechtsextreme Einflussnahme in Krefeld zurückzudrängen und unsere demokratischen Institutionen vor ihrer Vereinnahmung zu schützen.

Institutionellem Rassismus muss mit professionellen Mitteln – wie Weiterbildung und wiederholter Sensibilisierung – entgegengewirkt werden. Damit Krefeld als moderne und welt-offene Stadt auch den Fachkräftebedarf decken kann, muss in der Stadt ein Klima geschaffen werden, in dem sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft willkommen, wohl und sicher fühlen.

Die entscheidende Waffe im Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit ist und bleibt eine starke Zivilgesellschaft, die unsere Demokratie verteidigt und sich rechtsextremen Äußerungen und Aktionen entschieden entgegenstellt. Wir stehen als Partei und Fraktion weiterhin an ihrer Seite.

Deshalb werden wir die demokratische Zivilgesellschaft weiter auch aus städtischen Mitteln konsequent und mit einer langfristigen Perspektive fördern. Wir werden den Kampf gegen Rechtsextremismus weiter als eine gemeinsame Verantwortung aller Institutionen in unserer Stadt begreifen und wollen hierfür zusammen mit der Zivilgesellschaft ein entsprechendes Gesamtkonzept erarbeiten.

Gleichberechtigung – für alle, nicht für einige

Die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität ist ein Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Als feministische Partei setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Uns ist dabei wichtig, Gleichstellung, Geschlechtervielfalt und LGBTQAI+ intersektional und

übergreifend zu denken, da viele Themenkomplexe ineinandergreifen und sich dadurch Problemstellungen verschärfen können. Gerade in Zeiten, in denen erkämpfte Rechte wieder infrage gestellt werden, stehen wir entschlossen für eine vielfältige und gerechte Gesellschaft ein. Dies fängt für uns bereits auf kommunaler Ebene an.

Dazu gehört auch, die Öffentlichkeitsarbeit in diesen Bereichen auszubauen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Förderung der Gleichstellung: Wir möchten den Beitritt zur Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern, den wir auf lokaler Ebene angestoßen haben, weiterführen, begleiten und vollenden.
- die Förderung von LGBTQAI+ Freedomzones. Wir streben an, Teil des Rainbow Cities Network zu werden (nach dem Beispiel von z. B. Münster, Hannover, Hamburg), um Krefeld zu einer noch offeneren und bunteren Stadt machen.
- den systematischen Ausbau und die langfristige, gesicherte Finanzierung von Mädchenarbeit. Gleichzeitig möchten wir auch eine systematische Jungenarbeit etablieren und fördern, um die präventive Gleichstellungsarbeit auf allen Ebenen zu stärken.
- die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie. Eine kommunale Gesellschaft fußt auf einem starken ehrenamtlichen Engagement und es ist gerade hier wichtig, dass das (politische) Ehrenamt mit Beruf und Familie vereinbar ist, beispielsweise durch hybrid abgehaltene Ausschuss- und Ratssitzungen.
- die Entstigmatisierung und den Schutz von Sexarbeiter*innen: Sexarbeit soll in gesicherten Räumen (Wohnungen/Bordellen) nachgegangen werden und nicht auf dem Straßenstrich. Diese gesicherten Räume müssen regelmäßig kontrolliert werden, um Ausbeutung zu minimieren und Sexarbeiter*innen zu schützen. Wir fördern die Etablierung von festen Anlaufstellen für Sexarbeiter*innen für Schutz, Hilfe und Unterstützung.
- Schulungen für Unternehmen in allen Fragen der Gleichstellung und Inklusion – in Form von konkreten Maßnahmen wie der Bereitstellung von Handreichungen zu familienfreundlicher Personalpolitik, der gezielten Unterstützung Alleinerziehender, der Bündelung von Informationen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (inklusive Ferienangebote), väterfreundliche Arbeitgeber*innen sowie Unterstützung bei internen Umfragen zur Erhebung von Bedarfen.
- die Förderung von Karrierewegen für Frauen. Wir wollen eine Quote von 50 % Frauen in Führungspositionen in Krefelder Unternehmen erreichen, durch gezielte (Förder-) Maßnahmen wie z. B. anonyme Bewerbungsverfahren.
- die systematische Berücksichtigung von Gender-, Inklusions- und Diversity-Aspekten bei der Vergabe von Fördermitteln.
- die Sensibilisierung für sexualisierte Gewalt durch gezielte Projekte wie z. B. „Bierdeckelaktionen“ und Awareness-Teams bei städtischen Veranstaltungen.

- den Ausbau und die Förderung von Safer Spaces und ganzheitlichen Sicherheitskonzepten, bei denen der KOD als Ansprechpartner für Queer- oder Geschlechtergewalt qualifiziert und eingesetzt wird. Zu diesen Konzepten gehören für uns auch Frauentaxis.
- mehr Anlaufstellen für Schwangerschaftsabbrüche. Dafür wollen wir Anreize für Ärzt*innen schaffen, um die Durchführung von Abbrüchen zu erleichtern, und die Informationslage für Betroffene verbessern, damit diese in ihrer Entscheidung bestmöglich unterstützt werden.
- die personelle und finanzielle Absicherung für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser. Wir wollen Förderungen etablieren, um die Eigenanteile für Nutzer*innen/Schutzsuchende zu übernehmen.
- die Etablierung und finanzielle Förderung der Männerberatung als essenzielle Präventionsarbeit und Gewaltschutz.

Inklusion statt Barrieren

Wir möchten Inklusion kreativer und intersektionaler denken. Dabei wollen wir herausstellen und dafür sensibilisieren, dass Barrierefreiheit mehr bedeutet als Rampen und Türöffner. Barrierefreiheit soll nicht nur darauf reduziert werden, rollstuhlgerecht zu sein, sondern Barrieren für möglichst viele Menschen mit Behinderung reduzieren. Wir wollen eine größere Sichtbarkeit dafür schaffen, dass es viele verschiedene Behinderungen gibt. Inklusion muss breit und bunt gedacht werden. Wie in ganz Deutschland, so ist auch in Krefeld die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unzureichend. Daran wollen wir arbeiten. Darüber hinaus sind wir fest davon überzeugt, dass es eine gesellschaftliche Bereicherung darstellt, wenn behinderte und nicht behinderte Menschen gemeinsam leben, lernen, arbeiten, sich bewegen, begegnen und miteinander Freizeit verbringen. Gesellschaftliche Strömungen stellen Behindertenrechte in Frage. Dem entgegenzutreten ist für uns eine zentrale Aufgabe im Demokratieschutz.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- „Toiletten für alle“, einschließlich Wickelmöglichkeiten für Erwachsene, z. B. in der VHS, dem Theater oder dem Kaiser-Wilhelm-Museum.
- das Mitdenken von Inklusion bei Projekten und Umbauvorhaben, beispielsweise beim Theater oder der VHS, sowohl für Mitarbeitende als auch für Besuchende.
- den Ausbau inklusiver Kursangebote der VHS (z. B. Leichte Sprache, Inklusion in der Vereinsarbeit, Beratung von Menschen mit Behinderung), ausgerichtet an den vorher erhobenen Wünschen von Menschen mit Behinderung. Auch Kursleitende sollten im Bereich Inklusion und diskriminierungsfreies Verhalten fortgebildet werden. Das Kursangebot soll von einer effektiven, zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden.
- die Aufstellung der VHS als Inklusionsunternehmen inklusive eines Begegnungscafés als Pilotprojekt.
- die Förderung der Einrichtung von inklusiven Arbeits- und Begegnungsstellen, z. B. einem Begegnungscafé im Kaiser-

Wilhelm-Museum.

- den Ausbau der Barrierefreiheit, bezogen auf die Krefelder Museen.
- verpflichtende Inklusionshinweise auf den Webseiten der Stadt Krefeld sowie ihrer Töchter.
- einen stressfreien Besuch von Ärzt*innen für alle Menschen. Dazu gehören z. B. ein einfacher Zugang sowie Rückzugsorte in der Praxis. Wir fördern den Informationsaustausch darüber, welche Praxen besonders barrierearm/barrierefrei sind.
- mehr barrierefreien Wohnraum und unterstützte Wohnprojekte für Menschen mit Behinderung, einschließlich Studierenden, und eine Bevorzugung dieser Gruppen bei der Vergabe.
- die weitere Förderung von Inklusion im Sport: Dazu gehören für uns der Ausbau von inklusiven Angeboten in Sportvereinen sowie individuellen Sportgeräten für Menschen mit Behinderung, aber auch die Ausbildung von Trainer*innen in inklusivem Training. Bei Fördertöpfen soll folglich zielgenauer investiert werden, über Gender- und Inklusions-Budgeting.
- einen Städtebau, bei dem Barrierefreiheit nicht an dritter oder vierter Stelle steht. Die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung soll immer mitgedacht werden bei:
 - der Parkhaus- und Parkplatzorganisation sowie -gestaltung.
 - der Aufstellung von Bebauungsplänen, mit dem Ziel einer Durchmischung der Stadtviertel.
 - der Ausgestaltung der Gehwege, damit Menschen nicht auf die Straße ausweichen müssen. Dies beinhaltet bei Kopfsteinpflaster eine geteerte Spur.
 - der Länge von Grünphasen an Fußgängerampeln.
 - der Gestaltung von ÖPNV-Haltestellen, einschließlich einer Sprachausgabe und einer sinnvollen Anschlussplanung.
 - dem Ausbau der Blindenleitspur in der Innenstadt, sodass sie tatsächlich nutzbar ist.
- Schulung, Fortbildung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Bereich der Stadtplanung und des Zentralen Gebäudemanagements, damit eine barrierefreie und inklusive Planung nicht ausschließlich in der Verantwortung von Ehrenamtlichen liegt. Darauf aufbauend sollen Ansprechpersonen für Projekte in Bezug auf Barrierefreiheit und Hilfsmittel benannt werden.
- Schulung und Sensibilisierung für Mitarbeitende des Gesundheitsamtes und der Eingliederungshilfe, auch für die Belange von Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen wie z. B. seelischen und geistigen Behinderungen, Lernbehinderungen, Folgen von frühkindlicher Vernachlässigung und Alkoholeinfluss in der Schwangerschaft sowie chronischen Schmerzerkrankungen (z. B. Migräne).
- den Abbau von Bürokratie, die Vereinfachung und Beschleunigung von Antragsverfahren der Stadtverwaltung, die Menschen mit Behinderungen betreffen, sowie die Einführung und Stärkung von Beratungs- und Beschwerdestellen sowie Lotsenpersonen zur Unterstützung bei Verwaltungsprozessen.
- die Vereinfachung von Sprache in Formularen und Be-

scheiden durch Beauftragte für einfache Sprache und Nutzung von künstlicher Intelligenz. Transparentes Controlling, das die Dauer von Verwaltungsprozessen offenlegt und steuern hilft.

- die Stadt als Vorbild bei der Ausrichtung inklusiver Veranstaltungen, die die Bedarfe verschiedenster Behinderungen mitdenken.

Inklusion und Jugend

Bereits in Kindergarten und Schule leben und lernen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Laut UN-Behindertenrechtskonvention sollten Bildungseinrichtungen allen Menschen mit Behinderung offenstehen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- mehr Schulen des Gemeinsamen Lernens und den Ausbau der Gesamtschulen.
- einen zügigen weiteren Ausbau des offenen Ganztags einschließlich des Mitdenkens der Inklusion, z. B. über Rückzugsecken für autistische Schüler*innen.
- eine schulformspezifische Schulung von Lehrpersonal in Inklusionsthemen, um einen offeneren Umgang mit behinderten Schüler*innen zu fördern.
- die Möglichkeit, dass behinderte Schüler*innen Regelschulen besuchen können. Dazu gehört auch, dass es für alle Schüler*innen die Möglichkeit gibt, selbstbestimmt zum Unterricht zu kommen.
- den Ausbau systemischer Schulbegleitung und mehr Assistenz in den Schulen.
- Alltagshelfer*innen als Jobs für Schüler*innen der Bodelschwingschule und als Assistenzpersonal in Kitas.
- inklusive Spielplätze: Diese sollen weiter ausgebaut werden und bezogen auf den Neubau für möglichst viele Kinder mit Behinderung zugänglich sein. So soll es z. B. auch für blinde und autistische Kinder einfach sein, eigenständig auf Spielplätzen zu spielen. Genauso sollten Eltern mit Behinderung die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern auf Spielplätzen zu spielen.

Junge Menschen in den Fokus rücken

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Um für die Zukunft stark zu werden, brauchen sie Geborgenheit und Sicherheit, Förderung und Bildung sowie ein Lebensumfeld, das ihnen Raum und Gelegenheit gibt, ihre Interessen und Bedürfnisse zu leben. Dieser Anspruch fußt auf der UN-Kinderrechtskonvention und dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, die zwar seit 2010 und 2021 in Kraft sind, jedoch längst noch nicht überall umgesetzt wurden. Die konsequente Anwendung bei allen politischen Entscheidungen in Krefeld bildet die Basis für unsere politische Arbeit.

Familien in Krefeld haben unterschiedliche Lebenslagen – und damit auch unterschiedliche Bedarfe. Wir setzen uns dafür ein,

Unterstützungsangebote gezielt und bedarfsgerecht auszubauen.

Zugleich nehmen wir eine besorgniserregende Entwicklung ernst: Studien zeigen, dass Einsamkeit unter jungen Menschen spürbar zugenommen hat. Wir verstehen dies als gesellschaftliche Aufgabe und rücken die Förderung der psychischen Gesundheit stärker in den Fokus unserer kommunalen Jugend- und Sozialpolitik.

Die beste Begleitung von Kindesbeinen an

Kinder sollen bei uns nicht allein gelassen werden – das beginnt schon vor der Geburt mit einer umfassenden Beratung der Eltern und erstreckt sich von Familienhebammen, gut ausgestatteten Kitas und Schulen bis hin zu vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Stärkung lokaler Strukturen durch Quartierszentren aus Kita, Familienzentren, Jugendeinrichtungen, Schulen und sozialen Einrichtungen. Dabei sollen insbesondere die über Jahre vernachlässigten „Problem-Quartiere“ bedacht werden.
- die Öffnung von Schulen und deren Büchereien als Lernort über den Schulbetrieb hinaus.
- eine Stadtplanung, die den Bedarf von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich mit einbezieht. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für eine entsprechende Änderung der Bauordnung ein.
- das Ziel, Spielplätze zu den saubersten Orten der Stadt zu machen. Eine engere Koordinierung der Arbeit des KBK sowie erhöhte Werbung für ehrenamtliches Engagement auf Spielplätzen, z. B. über das Programm „Spielplatzpaten“, stellen nur zwei Möglichkeiten dar, sich diesem Ziel zu nähern.
- ein Programm, das Anreize setzt, als Erzieher*in in Krefelder Kitas tätig zu werden und langfristig zu bleiben.
- den beschleunigten Ausbau der U3-Betreuung. Dabei sollen alle Möglichkeiten der Unterstützung durch die Stadt für die freien und konfessionellen Träger ausgeschöpft werden, um schnell mehr Kindergartenplätze bereitstellen zu können.
- den Aufbau einer digitalen Plattform für freie Tagespflegeplätze in den Stadtteilen. Aktuell stehen Eltern von Kindern zwischen 1 und 3 Jahren alleine da, wenn es um die Suche eines Tagespflegeplatzes geht. Der Kinderschutzbund kann lediglich eine Liste mit Telefonnummern für Tagespflegeplätze aus ganz Krefeld herausgeben.
- die Sicherung des Kindeswohls durch ein Aufstocken von Fachstellen für Jugendarbeit und die Prävention von sexueller Gewalt und anderen Risiken wie Mobbing, Cybergrooming und Onlinesucht, da es in Krefeld aktuell an sozialpsychiatrischer Unterstützung fehlt. So können die Probleme auffälliger Jugendlicher zeitnah angegangen

und ihre Familien unterstützt werden.

- eine gute Unterstützung für Kinder und Jugendliche, die außerhalb ihrer Ursprungsfamilien mit Begleitung der Jugendhilfe aufwachsen, verbesserte „Leaving Care“-Konzepte zur Förderung ihrer Verselbstständigung im jungen Erwachsenenalter und die stärkere Wahrnehmung und Unterstützung von Pflegefamilien in ihren besonderen Herausforderungen.
- die besondere Berücksichtigung von Kindern und ihren Eltern in Pandemieplänen: Nicht erst die Corona-Krise zeigt deutlich, dass Kinder und Jugendliche eine größere Lobby brauchen.

Kinder und Jugendliche ernst nehmen und ihre politische Partizipation stärken

Wir glauben, dass sich Kinder und Jugendliche stärker für ihr Umfeld und die Gesellschaft engagieren, wenn sie echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Wir wollen ihre Partizipationsmöglichkeiten vergrößern und Teilhabe und Mitbestimmung ausbauen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Erhalt und (personellen) Ausbau der aktuell vorhandenen Jugendeinrichtungen.
- die Schaffung eines kostenlosen, offenen, selbstverwalteten Gebäudes für Jugendliche, das als fester Begegnungsort fungiert. Zusätzlich sollen dezentrale, kostenlose Treffpunkte in allen Stadtteilen ausgebaut werden – z. B. in Form von wettergeschützten Unterständen mit Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.
- die Schaffung von mehr Räumen für Engagement durch den Aufbau eines digitalen Freiwilligenzentrums.
- das Lernen von Demokratie im Rahmen der schulischen Bildung. Darin inbegriffen ist auch die Vermittlung sozialstaatlicher Rechte und Pflichten, des Umgangs mit öffentlichen Räumen und der Relevanz internationaler Menschenrechte.
- die Umsetzung des Rechtes auf Beteiligung und damit die Förderung politischer Jugendpartizipation, indem jeder Ausschuss mit mindestens einer*inem Jugendlichen aus dem Jugendbeirat besetzt wird. Dies soll durch Angebote der Jugendbeteiligung (Projekte, Versammlungen) ergänzt werden. Zudem soll eine Stelle zur pädagogischen Begleitung in der Stadtverwaltung geschaffen werden, die die politisch aktiven Jugendlichen unterstützt.
- die Einrichtung eines Kinderbeirats oder eines Kinderparlaments.

Teilhabe ermöglichen

Kinder und Jugendliche haben ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko in Krefeld – rund ein Viertel ist von Armut bedroht. Armut bedeutet nicht nur einen Mangel an finanziellen Mitteln, sondern dadurch bedingt auch einen Mangel an Teilhabe und soziale Ausgrenzung.

In Krefeld kommen leider die wichtigen Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bei Kindern und Jugendlichen aktuell kaum an. Laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erhalten in Krefeld weniger als 15 % der Anspruchsberechtigten Mittel, während z. B. die Stadt Hamm durch Einführung einer „YouCard“ eine Quote von 92 % erreicht hat. Daran wollen wir uns ein Vorbild nehmen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Aufbau eines Netzwerks gegen Kinderarmut.
- die Einführung einer „YouCard“ nach dem Vorbild von Hamm, damit die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets auch bei den Betroffenen in Krefeld ankommen.
- eine stärkere Einbindung Jugendlicher in die Gestaltung der Stadt, z. B. durch runde Tische in den Stadtteilen.
- den Ausbau der freien WLAN-Netze in der Krefelder Innenstadt, dem ÖPNV und an wichtigen Plätzen.

Durch Bildung in die Zukunft

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe. Unsere Kinder und Jugendlichen wachsen in unsicheren Zeiten auf. Globale Krisen und Kriege auf der ganzen Welt berühren auch den Alltag der Kinder in Krefeld, finanzielle Unsicherheiten belasten Familien, und auch die Corona-Pandemie ist mit ihren Folgen noch zu spüren. Gerade jetzt brauchen Kinder und Jugendliche Geborgenheit und Sicherheit, um starke Erwachsene zu werden. Sie benötigen Unterstützung, Förderung, Bildung und ein Lebensumfeld, das ihnen ermöglicht, ihre Interessen und Bedürfnisse zu erkennen, auszudrücken und auszuleben.

Für viele Kinder und Jugendliche ist die Schule der wichtigste Ort neben der Familie. Sie verbringen 20 bis 40 Stunden pro Woche in der Schule oder im Kindergarten. Darüber hinaus hängt der Bildungserfolg in Deutschland noch immer stark vom Elternhaus ab. Unser Ziel ist es, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Daher müssen unsere Bildungsorte auch soziale Orte sein – ein Ankerplatz, an dem Kinder und Jugendliche sich wohlfühlen und ungeachtet ihrer Herkunft gute und faire Startbedingungen für ihr Leben erhalten.

Die zehn Grundrechte der UN-Kinderrechtskonvention bilden die Basis für unsere politische Arbeit. Familien haben einen individuellen Bedarf an unterstützenden und begleitenden Angeboten. Solche Angebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Die UN-Kinderrechte sollten sich auch in den Kindergärten und Schulen wiederfinden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine Fortführung der Öffentlichkeitsarbeit und das Setzen von Anreizen, um Erzieher*innen für die Arbeit in Krefelder Kitas zu gewinnen und langfristig zu halten.
- den Ausbau der Kindergartenplätze. Jedes Kind in Krefeld sollte mindestens zwei Jahre vor Einschulung eine Kita besuchen können.
- eine systematische und passgenaue Beratung von Eltern, die einen freien Kindergarten- oder Tagespflegeplatz suchen.
- den beschleunigten Ausbau der OGS-Plätze. Der Rechtsanspruch ab 2026/27 sollte sozial verträglich mit der Vergabe der weiteren Plätze an anspruchsberechtigte Eltern erfolgen.
- sichere Fußgänger- und Radfahrwege im Bereich um Schulen und Kindergärten. Sofern räumlich machbar, soll vor Schulen eine Sperrzone für Autos errichtet werden.
- die Stärkung lokaler Strukturen durch Quartierszentren aus Kita, Familienzentren, Jugendeinrichtungen, Schulen und sozialen Einrichtungen. Schule sollte stärker als Sozialraum verstanden werden und entsprechende Angebote schaffen. Auch sollte geprüft werden, ob es ein weiteres „Haus der Bildung“ geben kann.
- den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit, um Kindern und Jugendlichen eine sichere Anlaufstelle bei Problemen in und außerhalb der Schule zu bieten.
- die Verstärkung und den Ausbau der systemischen Schulbegleitung. Mit diesem Pilotprojekt wurde bereits an ausgesuchten Schulen erfolgreich gearbeitet.
- die systematische Erfassung von Schulabsentismus in Krefeld. Auf Grundlage der erhobenen Zahlen soll die bereits begonnene Arbeit gezielt weitergeführt werden.
- den weiteren Ausbau der Inklusion an allen Krefelder Schulen. An vielen Grund- und Gesamtschulen wird bereits inklusiv gearbeitet – wir setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Schulen nachziehen können.
- die Weiterführung des Ansatzes „Ungleiches ungleich behandeln“: Berücksichtigung des Schulsozialindex bei Entscheidungen der Verwaltung.
- mehr Lernzeit für Kinder in herausfordernden Quartieren, z. B. durch die verlängerte Schuleingangsphase. Dafür braucht es Ressourcen wie Personal und Räume.
- eine bestmögliche Begleitung aller Kinder mit ihren unterschiedlichen Begabungen.
- die Förderung der Kooperation mit außerschulischen Lernorten, wie z. B. dem Umweltzentrum, der Mediothek oder den Museen Krefelds zur Vermittlung komplexer Lerninhalte.
- den kostenlosen Transport für Schulen zu außerschulischen Lernorten innerhalb von Krefeld.
- ein ausgewogenes, nahrhaftes und nachhaltiges Angebot an Schul kiosken und Mensen sowie die Prüfung, an welchen Schulen ein kostenloses Frühstück, z. B. in Kooperation mit BrotZeit e.V. sinnvoll ist.
- Bedarfsgerechte Standards für Schulmöbel – ähnlich einem Musterraumprogramm, da so für Effektivität, Kostenersparnis und Gleichheit unter den Schulen gesorgt wird.

- eine energetische Sanierung und Ausstattung der Schulen.
- die Weiterführung des Programms KAOA („Kein Abschluss ohne Anschluss“), für das wir uns sehr früh eingesetzt haben und welches mittlerweile an allen Schulen erfolgreich durchgeführt wird.
- eine agile digitale Ausstattung inkl. professioneller Betreuung der IT an Bildungseinrichtungen sowie die Harmonisierung und datenschutzrechtliche Prüfung vorhandener Plattformen.
- die Umsetzung individueller Lernpfade und die Entzerrung des Unterrichts an unseren Krefelder Schulen, um deren Zukunftsfähigkeit zu stärken und allgemeine Zukunftsfähigkeit zu vermitteln.
- die Stärkung der Berufsausbildung in Krefeld auf Basis der Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie von 2018, d. h. eine verstärkte Kooperation aller Berufskollegs untereinander sowie eine Prüfung der bautechnischen und energetischen Bedarfe ebenso wie der Ausstattung.
- die stetige Einbeziehung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung, die den Heranwachsenden Räume zum Entdecken und Entfalten bieten sollte, z. B. durch Teilnahme an runden Tischen in den Stadtteilen.
- die Stärkung politischer Bildung einerseits und der Umsetzung jugendlicher Partizipation andererseits, z. B. durch die Besetzung von mindestens einem Jugendlichen aus dem Jugendbeirat in den Ausschüssen der Stadt.
- eine Stelle zur pädagogischen Begleitung in der Stadtverwaltung für die politisch aktiven Jugendlichen.
- Projekte zur Förderung von Vielfalt und Respekt, damit Schüler*innen Vielfalt als Chance begreifen und Tendenzen erkennen, die dem widersprechen, sodass Rassismus und Antisemitismus keine Chance haben.
- die Förderung einer fächerübergreifenden Kooperation von Fachlehrer*innen, z. B. beim Thema Klimawandel.
- eine bessere Sprachförderung in der Sekundarstufe I, um den Übergang von Seiteneinsteiger*innen aus Sprachfördergruppen in die Regelklassen zu beschleunigen.

Kultur – der geistige Nährboden unserer Gesellschaft

Kultur ist die unentbehrliche Auseinandersetzung mit Wirklichkeit und Vision; sie bietet Orientierung und Heimat. Für uns ist Kultur in ihren verschiedensten Ausprägungen und Formen unverzichtbarer Bestandteil einer vitalen, aufgeschlossenen Gemeinschaft. Sie ist ein Herzstück der Demokratie, schafft Identität, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung.

Vielfalt für eine zukunftsfähige Stadt

Mit einer Fülle an städtischen Kultureinrichtungen und einer starken freien Szene verfügt Krefeld über eine beeindruckende kulturelle Infrastruktur, die über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist. Dieses Angebot ist wichtig, weil es längst zu einem Standortfaktor für die Wirtschaft geworden ist. Denn kulturelle

Vielfalt garantiert ein wesentliches Stück Lebensqualität für die Bewohner*innen und macht eine Stadt attraktiv für Besucher*innen aller Altersgruppen.

Diese Vielfalt wollen wir fördern und bewahren, die Teilhabe daran allen Bürger*innen ermöglichen und dieses kostbare Vermächtnis in seiner Gesamtheit bewahren.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Einstellung einer Kulturmanagerin/eines Kulturmanagers, die/der als zentrale Anlaufstelle für die Kulturszene fungiert und Vernetzung fördert.
- eine stärkere Förderung der Krefelder Clubszene und von Formaten wie „eäte drenke danze“.
- eine Grundsteuerbefreiung für gemeinnützige Kulturbetriebe, um deren wirtschaftliche Basis zu sichern. Die Grundsteuererhöhung für Kulturbetriebe stellt viele Einrichtungen vor existenzielle Herausforderungen und gefährdet kulturelle Vielfalt.
- eine Professionalisierung der Kulturszene, indem wir gezielte Fördermittel für Seminare und Coaching bereitstellen. Zudem setzen wir uns für die Neugründung einer städtischen Galerie in der Innenstadt ein, die auch Atelierräume für Künstler*innen bietet.
- die Etablierung einer „Jugendkulturschule“, die Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Zugänge zu verschiedenen Kulturformen ermöglicht und kulturelle Bildung fest im Alltag verankert. So können wir die Freude an Kultur bei der nächsten Generation neu entfachen.
- eine ihrer wissenschaftlichen Bedeutung angemessene Unterbringung der Sammlungen des Entomologischen Vereins Krefeld e.V. Die Unterbringung im Stadtbad Neusser Straße als „erstes lebendiges Denkmal“ unserer Stadt soll die Chance eröffnen, eine Symbiose mitten in der Innenstadt zu erzeugen: als Forschungsstandort, aber auch als Ort der Begegnung, um die Wichtigkeit der Biodiversität für alle Menschen niederschwellig zu vermitteln.

Kulturelle Infrastruktur ausbauen und vernetzen

Kultur ist untrennbar verbunden mit Menschen: Sie wird von ihnen geschaffen, bewundert, erfahren, diskutiert, gelebt. Daher hat vor allem unsere Innenstadt ein enormes Potenzial als kultureller Antriebsmotor, sowohl wegen der zahlreichen diversen Menschen, die hier leben, essen, einkaufen, als auch wegen ihrer Plätze und Begegnungsstätten in der Öffentlichkeit. Es sind diese Plätze, die wir mithilfe der Kultur und für die Kultur beleben können, um Menschen und Kultur zusammenzubringen und um Engagement und Teilnahme zu erleichtern.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- öffentliche Plätze, die für kulturelle Veranstaltungen leichter zugänglich gemacht werden: Über ein digitales Kataster wollen wir die Orte selbst, aber auch die dort

verfügbare Infrastruktur einfach auffindbar und unbürokratisch buchbar machen.

- eine zentrale Informationsplattform für Kulturschaffende, die z. B. Checklisten, Formulare und praktische Hilfestellungen für Veranstaltungen bündelt.
- eine Plattform für den „Materialtausch“ (Bauzäune, Bühnenelemente, Technik), um Ressourcen zu teilen, Nachhaltigkeit zu fördern und das Miteinander in der Kulturszene zu stärken.
- eine angemessene Förderung und bessere Sichtbarkeit des Entomologischen Vereins Krefeld e.V. Über die Platzierung der Sammlung in der Innenstadt hinaus verdient der Verein mit seinen berühmten Forschungsergebnissen mehr Aufmerksamkeit im kulturellen Leben unserer Stadt. Wir wollen ihn durch bessere Vernetzung bei kulturellen städtischen Initiativen und Veranstaltungen thematisch stärken und so für Nachwuchs werben.
- das Ziel, die Freude an Kultur bei der nächsten Generation neu zu entfachen. Wir wollen eine „Jugendkulturschule“ etablieren, die Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Zugänge zu verschiedenen Kulturformen ermöglicht und kulturelle Bildung fest im Alltag verankert.

Sport – unsere Kommune in Bewegung

Spiel und Sport sind menschliche Grundbedürfnisse. Sie fördern Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensfreude und leisten zugleich einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Sport schafft Gemeinschaft, stärkt das Miteinander und bietet Raum für Begegnung – über Alters- und Herkunftsgrenzen hinweg.

Klar ist für uns: Die Lebensqualität in einer Stadt bemisst sich auch an ihren Bewegungsfreiräumen – sei es auf dem Bolzplatz, dem Radweg oder in der Sporthalle. Dabei denken wir ausdrücklich auch den vereinsgebundenen Sport mit: In Krefeld engagieren sich rund 65.000 Menschen in über 200 Vereinen – ein starkes Zeichen für bürgerschaftliches Engagement und eine lebendige Stadtgesellschaft.

Die öffentliche Sportförderung wird zu rund 80 % von den Kommunen getragen – sie sind das Fundament des Sports in Deutschland. Für uns GRÜNE ist Sport weit mehr als Tore und Rekorde. Er ist eine kommunale Querschnittsaufgabe mit zahlreichen gesellschaftlichen Bezügen: von Gesundheit über Umwelt- und Klimaschutz bis hin zu Bildung, Integration, demografischem Wandel und Inklusion.

Organisierter Sport und die Kommunen, in denen er stattfindet, stehen vor vielen Herausforderungen. Diese gilt es vernetzt zu denken und gemeinsam zu lösen. Schulentwicklung, Stadtplanung, Jugendhilfe, kommunale Gesundheitskonferenzen oder das Quartiersmanagement – in all diesen Feldern kann der organisierte Sport ein aktiver Partner sein und sollte als solcher auch angesprochen und eingebunden werden.

Auch der Klimawandel verändert den Sport. Zunehmende Hitzetage, steigende Betriebskosten und neue Anforderungen an

Sportanlagen zeigen: Klimaschutz und Klimaanpassung sind längst auch sportpolitische Aufgaben. Nachhaltigkeit und Bewegung schließen sich nicht aus – im Gegenteil: Sie bedingen einander. Deshalb nehmen wir GRÜNE den Klimaschutz als integralen Bestandteil unserer Sportpolitik ernst und setzen uns für eine zukunftsfähige, klimaresiliente Sportinfrastruktur in Krefeld ein.

Sport beginnt vor der Haustür

Sport muss leicht zugänglich sein – am besten direkt vor der Haustür. Ob zu Fuß, auf dem Rad oder auf der Laufstrecke im Park: Bewegung im Alltag ist der Einstieg in ein aktives Leben. Gerade im Alltag gibt es viele Möglichkeiten, Menschen für Bewegung zu begeistern. Die letzte Umfrage in Krefeld zeigt dies klar: Radfahren und Laufen/Joggen stehen ganz oben auf der Liste der beliebtesten Sportarten. Wer Sport und Mobilität zusammendenkt, spart Zeit, schont das Klima und fördert die Gesundheit.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Anerkennung von Radfahren als beliebteste Sportart der Krefelder*innen: Investitionen in die Fahrradinfrastruktur sollen künftig als Teil der Sportförderung gelten und entsprechend bei der Mittelvergabe im Bereich Sport mitbedacht werden.
- eine stärkere Sichtbarkeit von Alltagsbewegung in der Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs Sport – insbesondere Zufußgehen und Radfahren sollen in ihrem sportlichen und gesundheitlichen Nutzen kommuniziert werden.
- den Ausbau naturnaher Laufstrecken in Wohnortnähe, die sowohl dem Lauf- und Walkingsport dienen als auch Umweltaspekte berücksichtigen.
- die Fokussierung auf sichere und bewegungsfördernde Schulwege bei der kommunalen Infrastrukturplanung, um Kindern früh ein gesundes Verhältnis zu Bewegung zu ermöglichen.
- die Öffnung von Sportanlagen für den nicht organisierten Sport – ohne lange Wege, ohne Hürden, dafür mit einer höheren Nutzung der vorgehaltenen Infrastruktur und einer Belebung der Anlagen jenseits der Trainingszeiten bzw. Schulzeiten.
- die gute Erreichbarkeit von Sportstätten mit dem Fahrrad sowie sichere Abstellmöglichkeiten vor Ort, um Sport und nachhaltige Mobilität zu kombinieren.

Dabei sein: Sport als Ort gesellschaftlicher Teilhabe

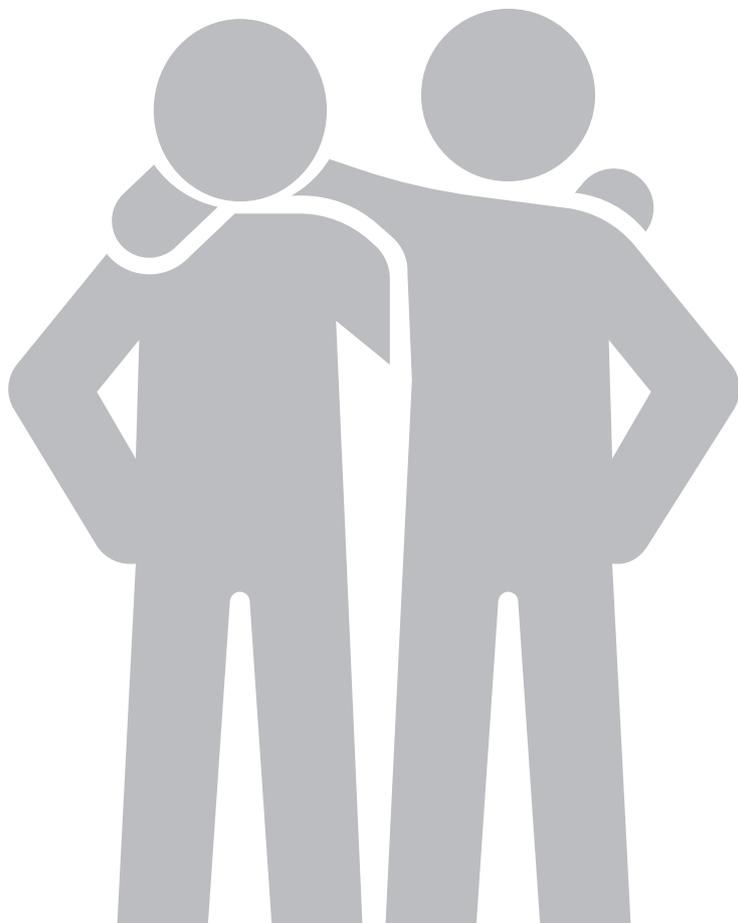
Sport verbindet. Er schafft Begegnung, fördert Teilhabe und lebt vom Engagement vieler Ehrenamtlicher. Damit Sport wirklich alle Menschen in Krefeld erreicht – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, körperlicher Verfassung oder Einkommen –, braucht es ein vielfältiges, barrierearmes und inklusives Angebot. Dieses Angebot spiegelt auch die kulturelle Vielfalt

unserer Stadt wider und eröffnet Räume für den interkulturellen Austausch. Sport profitiert davon, wenn Gleichstellung aktiv gelebt wird. Mädchen und Frauen müssen gezielt gefördert und gestärkt werden – sei es im Verein, auf dem Spielfeld oder in der Führungsebene des organisierten Sports.

Insbesondere Kinder und Jugendliche profitieren davon, wenn Sport als gemeinschaftliches Erlebnis erfahrbar wird. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen, Schulen, Kitas, der Quartiersarbeit und weiteren Institutionen unerlässlich. Durch solche Kooperationen entstehen Synergien, die den Zugang zu Sport erleichtern und ein wohnortnahes, niedrigschwelliges Angebot ermöglichen. Viele dieser Angebote wären ohne das Ehrenamt nicht denkbar. Wer Zeit und Energie investiert, um anderen Bewegung, Gemeinschaft und Freude zu ermöglichen, verdient nicht nur Respekt, sondern auch konkrete Unterstützung.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die strategische Einbindung der Innenstadt in die Sportplanung, um zentrale Angebote für viele erreichbar zu machen – beispielsweise über die Aktivierung leerstehender Flächen in verdichteten Quartieren für niedrigschwellige Sportangebote, gemeinsam mit Vereinen und lokalen Initiativen.
- die Sanierung und den Ausbau der Schwimminfrastruktur, damit insbesondere der Schwimmunterricht in der Schule verlässlich stattfinden kann und alle Kinder erreicht. „Schwimmen können“ darf keine Frage des Wohnorts sein.
- Ticketlösungen, die allen Kindern den Weg zum Sportverein mit dem ÖPNV ermöglichen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
- die konsequente Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Neubau und Sanierung von Sportanlagen – inklusive Anfahrtswegen, Toiletten und Tribünen. Alle Menschen sollen teilhaben können, egal ob auf der Tribüne, am Spielfeldrand oder aktiv auf dem Spielfeld.
- eine bessere Kommunikation bestehender Beratungsangebote für ehrenamtlich geführte Vereine – z. B. durch Handreichungen oder digitale Kompaktschulungen. Denn viele, gerade kleinere Sportvereine stemmen die notwendigen Bürotätigkeiten ehrenamtlich und können von den vorhandenen Angeboten profitieren.



Klimaschutz und Klimaanpassung – auch im Sport

Der Klimawandel verändert unser Leben – auch beim Sport. Zunehmende Hitzetage und steigende Energiekosten stellen Sportler*innen, Sportanlagen und Vereine vor neue Herausforderungen. Klimaanpassung und -schutz müssen daher integrale Bestandteile jeder Sportentwicklung sein. Nachhaltigkeit ist kein Widerspruch zum Spaß an Bewegung – sie ist eine Voraussetzung.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die zukunftsweisende, nachhaltige und Umwelt- und Klimaschutzaspekte mitdenkende Sanierung von Sportanlagen, orientiert an tatsächlichen Bedarfswerten – mit dem Ziel „klimaneutraler Sportstätten“.
- die klimaangepasste Gestaltung von Sportstätten als Reaktion auf die steigende Zahl an Hitzetagen, z. B. durch mehr gezielte Beschattung durch Bäume und Begrünung.
- die Förderung naturnaher und kostenfreier Sportflächen wie Trimm-dich-Pfade, Outdoor-Fitnessanlagen und naturnahe Spielplätze.
- gezielte Informationsangebote für Vereine: Die energetische Sanierung, um Heizenergie und damit Kosten zu sparen, ist für viele Vereine eine Herausforderung. Die Stadt kann sowohl über den Klimapakt als auch durch spezifisch an die Vereine gerichtete Informationen unterstützen.
- eine energetische Optimierung unserer Sportinfrastruktur: Hohe Betriebskosten sind nicht nur ein finanzielles Problem, wir müssen diese auch im Kontext des Klimaschutzes intelligent angehen.
- die gute Erreichbarkeit von Sportstätten mit Rad und ÖPNV als Bestandteil eines ganzheitlich klimabewussten Sportverständnisses.
- die dringend erforderliche Unterstützung von Vereinen bei der Müllvermeidung. Das bedeutet im Kontext von Sportveranstaltungen auch, dass Vereine umdenken und neue Wege finden müssen. Über eine aktive und beratende Rolle soll die Stadt dabei mit einem Baukastensystem zu schrittweisen Änderungen ermutigen.

Mobilität neu denken, Stadt für alle gestalten

Mobilität ist ein Grundpfeiler für Teilhabe, Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt. Doch die Art, wie wir uns fortbewegen, steht im Wandel: Klimakrise, Flächenknappheit und veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse erfordern ein neues Verständnis von Verkehr und öffentlichem Raum. Eine moderne Mobilitätspolitik muss allen Menschen in Krefeld sichere, klimafreundliche und barrierefreie Wege eröffnen – unabhängig vom Alter, von individuellen Einschränkungen oder vom Besitz eines eigenen Autos.

Die Mobilität der Zukunft ist multimobil – sie kombiniert Rad, Bus, Bahn, zu Fuß gehen und Sharing-Möglichkeiten wie Car-, Bike- oder Lastenrad-Sharing flexibel miteinander. Sie schafft

echte Wahlfreiheit für alle und stellt die Gleichberechtigung der verschiedenen Verkehrsarten sicher. Öffentliche Räume werden fair verteilt, sodass nicht mehr allein das Auto im Mittelpunkt steht, sondern die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden – insbesondere der schutzbedürftigsten. Rücksichtnahme und Sicherheit werden zu Leitprinzipien einer lebenswerten Stadt.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die konsequente Umsetzung des Mobilitätskonzepts sowie des Klimaschutzkonzepts (bezogen auf die für den Bereich Mobilität relevanten Maßnahmen). Dies beinhaltet die Bereitstellung der dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen.
- eine Verkehrsplanung, die sich an den schutzbedürftigsten Verkehrsteilnehmenden orientiert, insbesondere an Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen, um Sicherheit und Teilhabe für alle zu gewährleisten.
- eine Neuaufteilung des Verkehrsraums durch die Priorisierung des fließenden Verkehrs vor dem ruhenden Verkehr sowie zugunsten des öffentlichen Verkehrs, der Radfahrer*innen und der Fußgänger*innen.
- die Umsetzung von Maßnahmenbündeln anstelle von Einzelmaßnahmen, um Veränderungen durch eine koordinierte und verständliche Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.
- den Einsatz digitaler Werkzeuge zur besseren Beteiligung der Öffentlichkeit, etwa bei der Erarbeitung von Konzepten und Planungen.

Radverkehr sicher und attraktiv gestalten

Radverkehr ist weit mehr als eine Frage individueller Mobilität – er ist zentral für die Verkehrswende, den Klimaschutz, die Lebensqualität und die Gesundheit in unserer Stadt. Ein gutes Radverkehrsnetz entlastet Straßen und Umwelt, schafft sichere und selbstbestimmte Wege für alle Altersgruppen und verbindet Menschen innerhalb der Stadt wie auch ins Umland. Wer den Radverkehr ernsthaft stärken will, muss ihm endlich die Priorität einräumen, die seiner Bedeutung entspricht. Dazu gehört eine durchdachte, sichere und zusammenhängende Infrastruktur ebenso wie eine kluge Öffentlichkeitsarbeit und eine faire Verteilung der Verkehrsflächen.

Wir Grüne setzen uns ein für:

- die konsequente Umsetzung des Radverkehrskonzepts sowie die Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, wobei ein ambitioniertes Investitionsziel pro Einwohner*in festgelegt wird, um das bisherige Ungleichgewicht bei der Mittelzuteilung zwischen Kfz- und Fahrradverkehrsflächen anzugehen.
 - die Umsetzung von Maßnahmenbündeln anstelle von Einzelmaßnahmen, um Veränderungen durch eine koordinierte und verständliche Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.
 - die Schaffung und Ertüchtigung sicherer Verbindungen zwischen den Stadtteilen und der Innenstadt sowie ins Umland.
 - die kurzfristige Umsetzung von Verbesserungen wie die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr, den Rückbau von Umlaufsperrern und Pollern sowie die Einführung des grünen Pfeils für Radfahrende.
- eine verstärkte Aufklärungsarbeit zu den Regeln auf bestehenden Fahrradstraßen sowie die Aufhebung von „Rechts vor links“-Regelungen zugunsten der Fahrradstraßen mit gleichzeitiger Berücksichtigung von Modalen Filtern wie etwa wechselnden Einbahnstraßenführungen.
 - Tempo 30 für den Kfz-Verkehr auf Straßen mit Fahrradstreifen, die in dem Moment eingerichtet werden, wenn eine bauliche Trennung von Rad- und Kfz-Verkehr nicht möglich ist.
 - die Schaffung eines engmaschigen Netzes sicherer und praktikabler Fahrradabstellmöglichkeiten in der ganzen Stadt, auch über die anteilige Umwidmung von vorhandenen Kfz-Abstellflächen, mit besonderem Fokus auf Orte, an denen Fahrräder aktuell Gehwege blockieren.
 - eine bessere Zugänglichkeit von Bahnhöfen, indem sich die Stadt gegenüber der Deutschen Bahn für Maßnahmen wie die Installation von Fahrradrampen an Treppen stark macht, um eine Alternative zu den oft unzuverlässig funktionierenden Aufzügen anzubieten.
 - den Rückbau von Bedarfsampelfunktionen für den Radverkehr, um eine flüssigere und sichere Fahrt zu ermöglichen.
 - die systematische Erfassung und Priorisierung von Schäden an Radwegen nach Benutzungshäufigkeit, um Gefährdungen und Einschränkungen schnellstmöglich zu beseitigen.
 - die situative Prüfung der Entwidmung nicht mehr nutzbarer Radwege, etwa bei schweren Wurzelschäden, sowie deren Ersatz durch leistungsfähigere und sicherere Verkehrsführungen, begleitet von umfassender Öffentlichkeitsarbeit.
 - den Aufbau eines Leihradsystems für die Stadt Krefeld, um den Radverkehr weiter zu stärken und attraktiver zu gestalten.
 - eine angemessene und sichere Radverkehrsführung an Baustellen nach den Maßstäben des AGFS-Leitfadens.



Fußverkehr in den Blick nehmen

Zu Fuß zu gehen ist die nachhaltigste und zugänglichste Form der Mobilität – sie braucht wenig Raum, schont die Umwelt und fördert die Gesundheit. Eine fußgängerfreundliche Stadt schafft Lebensqualität, belebt den öffentlichen Raum und ermöglicht allen Menschen, unabhängig von Alter oder körperlicher Verfassung, selbstbestimmt unterwegs zu sein. Dabei ist klar: Wer mehr Menschen dazu bewegen will, Wege zu Fuß zurückzulegen, muss den Fußverkehr konsequent fördern und in den Mittelpunkt der Stadtplanung rücken. Dazu brauchen wir durchgängige und attraktive Wegeverbindungen – solche, die einladen, statt auszubremmen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Einsetzung einer Person, die explizit mit der Wahrnehmung und Vertretung der Belange des Fußverkehrs beauftragt wird.
- die Durchführung regelmäßiger Fußverkehrschecks, um den Status quo systematisch zu erfassen, notwendige Maßnahmen zu ermitteln und abgestimmt umzusetzen.
- ausreichend breite Gehwege, damit Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen, Kinderwagen oder anderen Mobilitätshilfen überall in Krefeld sicher und barrierefrei ihr Ziel erreichen können.
- den wirksamen Schutz der Fußgängerzonen vor unerlaubter Einfahrt, um die Sicherheit der Zufußgehenden zu gewährleisten.
- die Gestaltung von Straßenüberquerungen im Sinne des Fußverkehrs, unter anderem durch den Rückbau von Bedarfssampelfunktionen, ausreichend lange Ampelphasen und ein Programm für zusätzliche Zebrastreifen.
- die systematische Erfassung, Priorisierung und Behebung von Schäden an Fußwegen, um Einschränkungen und Gefährdungen für Fußgänger*innen zu vermeiden.
- die Sicherstellung der fußläufigen Erreichbarkeit von Nahversorgern und Haltepunkten des ÖPNV bei Bauprojekten sowie bei größeren Umgestaltungen im Bestand.

Öffentlichen Nahverkehr stärken

Ein attraktiver, verlässlicher und gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität und einer lebenswerten Stadt. Er verbindet Menschen, schafft Teilhabe, entlastet Straßen und schützt das Klima. Gleichzeitig trägt er zur wirtschaftlichen Entwicklung bei und sichert die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungseinrichtungen und Freizeitangeboten – innerhalb Krefelds ebenso wie im Umland. Doch damit der ÖPNV seine volle Wirkung entfalten kann, braucht es klare politische Prioritäten: eine auskömmliche Finanzierung, bessere Taktungen, neue Haltepunkte und Verbindungen sowie einen gezielten Ausbau der Infrastruktur – vom modernen Bahnknoten über leistungsfähige Busnetze bis hin zu attraktiven Umsteigemöglichkeiten.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs durch Land und Bund, damit der ÖPNV nicht unter der finanziellen Ausstattung der Kommunen leidet, nachhaltige Mobilität ausgebaut werden kann und das Deutschlandticket bezahlbar bleibt.
- die regelmäßige und zuverlässige ÖPNV-Anbindung Krefelds an das Umland, einschließlich Anbindungen an das S-Bahn-Netz, den RRX, die Optimierung von RE7 und RE10, den Ausbau von ICE- und IC-Verbindungen sowie das Fernbusnetz.
- die Unterstützung der Deutschen Bahn bei der Schaffung neuer Haltepunkte an den Krefelder Bahnstrecken an städtebaulich integrierten Standorten.
- den bedarfsgerechten Ausbau des lokalen ÖPNV-Angebots zur besseren Erreichbarkeit der Stadtteile, je nach Anforderung durch Straßenbahnen, Busse oder Minibusse.
- die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Stadtteilen, auch durch die Integration von On-Demand-Verkehren sowie Ringbuslinien.
- eine stärkere Gewichtung der Reisegeschwindigkeit des ÖPNV gegenüber dem Kfz-Verkehr, etwa durch gezielte Abbiegeverbote für Autos auf Straßen mit Straßenbahngleisen.
- den zeitnahen Bau einer multimodalen Mobilitätsstation am Hauptbahnhof sowie den Ausbau sicherer Fahrradabstellanlagen, von Bike- & Ride-Angeboten und Sharing-Angeboten an Haltestellen.
- ein Informationsangebot der Stadt gemeinsam mit der SWK, um Menschen bei Umzügen auf die nachhaltigen Mobilitätsangebote in ihrer Umgebung aufmerksam zu machen.
- die Vergrößerung des Nutzungsbereichs der SWK KRuiser, z. B. durch eine Einbindung des Bahnhofs Oppum sowie des Uerdinger Zentrums.

Autoverkehr in einer auf Menschen ausgerichteten Stadt

Der Autoverkehr prägt das Stadtbild Krefelds bis heute – doch die Anforderungen an Mobilität haben sich verändert. Wir brauchen sichere Wege für alle, gesunde Luft, lebendige Stadträume und eine effiziente Organisation der Verkehrsströme. Ein modernes Verkehrskonzept für den Autoverkehr muss diese Bedürfnisse zusammenbringen: Mobilität ermöglichen, wo sie nötig ist, aber gleichzeitig Umwelt, Stadtleben und soziale Teilhabe stärken.

Dies bedeutet, den Autoverkehr und den dafür heute vorgehaltenen Platz neu zu ordnen – nicht um Mobilität zu verhindern, sondern um sie klüger zu gestalten. Es geht darum, wichtige Verbindungen wie die Rheinquerung zu sichern, Parkraum fair zu bewirtschaften, alternative Angebote wie Carsharing auszubauen und die Innenstadt schrittweise vom Durchgangsverkehr zu entlasten. So schaffen wir Platz für mehr Aufenthaltsqualität, bessere Erreichbarkeit und sichere Wege für alle Verkehrsteilnehmenden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Erhalt der Rheinbrücke gemeinsam mit dem Land NRW sowie die Realisierung eines Ergänzungsbauwerks, um künftig alle relevanten Verkehre sicher zu leiten und den Krefelder Hafen als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.
- die Umsetzung des Parkraumkonzepts für die Innenstadt, insbesondere durch den Bau von Quartiersgaragen, die bessere Auslastung bestehender Parkhäuser mittels lenkender Parkgebühren sowie die Öffnung von Supermarktparkplätzen und eine gerechte Bepreisung von Parkraum im Sinne der Anwohnenden.
- die Umsetzung des Elektromobilitätskonzepts durch den Ausbau von Lademöglichkeiten auf vorhandenen Parkflächen, in Kooperation mit Parkhausbetreibern und Unternehmen.
- die Ausweitung des Parkraumkonzepts auf eng bebaute und für das Stadtleben besonders relevante Straßenzüge und Viertel in den Stadtteilen außerhalb der bisherigen Geltungsbereiche.
- die Schaffung weiterer Carsharing-Stationen in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, um wohnortnahe Alternativen zum privaten Kfz bereitzustellen.
- den Ausbau und Erhalt von Park-&-Ride-Plätzen mit guter ÖPNV-Anbindung sowie deren bessere Auffindbarkeit über die Mobilitäts-App der SWK.
- die Reduzierung des Parkens auf der Fahrbahn auf definierte und gekennzeichnete Flächen, um Rettungswege freizuhalten und den Verkehrsfluss zu sichern.
- Tempo 30 als Zielgeschwindigkeit für die Innenstadt und für Straßen mit hoher Bedeutung für den Fuß- und Radverkehr, sofern keine ausreichende bauliche Trennung besteht bzw. realisiert werden kann.
- eine Innenstadt ohne Durchgangsverkehr bis 2030, mit Ausnahmen für Bürger*innen mit eingeschränkter Mobili-

tät, Anwohner*innen, Lieferverkehr und Sozialdienste, und damit einhergehend eine schrittweise Reduzierung des Kfz-Verkehrs innerhalb der Ringe.

- die Verstärkung der Kontrollen gegen widerrechtlich parkende Kfz, insbesondere auf Gehwegen und Plätzen, sowie die Erweiterung der Plattform „Maak et“ zur einfacheren Meldung solcher Verstöße.
- die Aufwertung von Kreuzungen durch Fahrradabstellplätze oder Beete, um das Zuparken zu verhindern und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen.

Planen mit Verantwortung – für Mensch, Klima und Stadt

Eine nachhaltige und grüne Stadtplanung ist der Schlüssel für lebenswerte und zukunftssichere Quartiere. Wir setzen uns dafür ein, Natur und urbanes Leben in Einklang zu bringen, um die Lebensqualität aller Bürger*innen zu verbessern. Gemeinsam wollen wir Krefeld ganzheitlich gestalten und die Stadtplanung an den Menschen und ihren Bedürfnissen ausrichten: Zum Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Spielen, Erholen und Entspannen.

Flächenverbrauch und Sanierung

Unsere natürlichen Ressourcen zu schonen ist ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Dazu zählt auch der Schutz unseres Freiraums vor Neuversiegelung durch das Schaffen von alternativen Baumöglichkeiten für kompakte Quartiere. Durch innovative Planung und bewussten, schonenden Umgang mit Ressourcen wollen wir unsere Städte resilienter, gesünder und gerechter gestalten – für uns und kommende Generationen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine aktive, systematische Bodenpolitik als Grundvoraussetzung für eine gerechte Nutzung von Flächen. Dabei helfen Instrumente wie das Vorkaufsrecht, die Flächenvergabe nach Konzeptqualität und der Vorrang für Erbbaurechtsvergabe.
- das Ziel der Reduktion der Nettoneuversiegelung auf null bis 2035 im Stadtgebiet. Insbesondere in der Innenstadt sollen Flächen für mehr Stadtgrün entsiegelt werden, um die Lebensqualität zu erhöhen und die Stadt besser auf Hitzewellen vorzubereiten.
- die Weiterführung des bestehenden Flächenmonitorings bezogen auf Konversionsflächen.
- kompakt und zukunftsfähig weiterentwickelte Quartiere mit einer ausgewogenen Balance zwischen den verschiedenen Nutzungen. Eine bauliche und funktionale Verdichtung geht dabei mit einer Aufwertung des Freiraums sowie der Mobilitätsangebote vor Ort einher.
- die Förderung von Beratungsangeboten für Dachausbau, Aufstockung und Überbau mindergenutzter Flächen durch gezielte Ansprache.

- den Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für ökologische Sanierungen, um dem Leerstand vieler Wohnungen und Gewerbeobjekte entgegenzuwirken. Die Stadt versteht sich dabei als Akteurin, die Besitzer*innen von stark sanierungsbedürftigen Immobilien, insbesondere in der Innenstadt, über gezielte Ansprache zum Handeln ermutigt.
- spezielle Subventionsprogramme zum Ankauf von Stadthäusern, um jungen Familien Alternativen zum teuren Eigenheim auf der grünen Wiese zu bieten. Mit einem solchen Programm „Jung kauft Alt“ wollen wir u. a. auch eine soziale und gesellschaftliche Durchmischung der Innenstadt erreichen und die Investitionsfreudigkeit dort ankurbeln.
- eine vermehrte Aktivität der Wohnstätte als städtische Tochter in der Innenstadt, bezogen auf die Sanierung von Immobilien.
- die Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung.
- die Verkleinerung der Kern-Innenstadt bezogen auf ihre Abbildung im Flächennutzungsplan sowie in den relevanten Bebauungsplänen, um verändertes Einkaufsverhalten Rechnung zu tragen und gleichzeitig Kultur- sowie Wohnnutzungen im Erdgeschoss zu ermöglichen.
- die Gliederung der Siedlungsbereiche durch Park- und Landschaftszonen wie den Stadtpark Fischeln und den Landschaftspark West für Erholungsfunktionen und Frischluftschneisen.

Soziale Stadt

Eine zukunftsgerechte und soziale Stadt fördert das Miteinander, anstatt es zu behindern. Sie ist mehr als nur ihre Gebäude und Straßen – sie lebt von ihrer Gemeinschaft und ihrem sozialen Zusammenhalt. Eine nachhaltige Stadtplanung muss daher stets die Bedürfnisse aller Bürger*innen im Blick haben, um inklusive, vielseitige und lebendige Räume zu schaffen.

Nur durch eine enge Verzahnung von urbaner Entwicklung und sozialer Verantwortung können wir eine Stadt schaffen, in der soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Transformation Hand in Hand gehen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine Quote von mindestens 30 % gefördertem Wohnungsbau bei Neubauprojekten in Krefeld, um einerseits den Rückgang der geförderten Wohnungen aufzuhalten und die Durchmischung und Diversität der Stadtbevölkerung zu fördern.
- eine höhere Priorisierung und schnellere Umsetzung von Bebauungsplanverfahren, die bedingt durch ihre ganzheitliche Ausrichtung mit hohen Anteilen sozialen Wohnungsbaus, Kitas und kurzen Wegen eine wichtige Bedeutung für die Stadt haben.
- die Identifikation und Umgestaltung von städtischen Angsträumen.

- ein Lichtkonzept, das zwischen Sicherheitsgefühl in innenstädtischen Bereichen und dem Schutz der Natur im Außenbereich abwägt.
- die Realisierung von eingezäunten Hundefreilaufbereichen in der Innenstadt, um damit den Bedürfnissen der Tiere sowie der Menschen gerecht zu werden.

Nachhaltiges Bauen und Planen

Umweltbewusste Entscheidungen bei der Stadtentwicklung sind zentral für eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt. Durch Begrünung, Gebäudeausrichtung, Integration bestehender Grünflächen und eine intelligente Wegeplanung können wir Ressourcen schonen, den CO₂-Ausstoß reduzieren und eine klimaangepasste Umgebung für alle schaffen. Unser Ziel ist es, ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte in der Planung zu vereinen und innovative, nachhaltige Lösungen zu fördern. Gemeinsam gestalten wir eine grüne, resiliente Kommune, die auch zukünftigen Generationen eine lebenswerte Heimat bietet.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Berücksichtigung der vorhandenen Klimasimulationsdaten möglichst früh im Planungsprozess, um ein klimaangepasstes Planungsergebnis zu gewährleisten.
- die Einbindung der Freiraumplanung im Sinne der Landschaftsarchitektur bereits in der Projektvorbereitung, d. h. in den Auslobungstexten. Gleichzeitig werden Planungen auch daran gemessen, wie diese nach Fertigstellung langfristig erhalten und entwickelt werden können.
- eine verbindliche Gebäudebegrünung insbesondere bei städtischen Projekten.
- die Realisierung sämtlicher notwendiger Ausgleichsflächen eines Bauprojekts in örtlicher Nähe, zumindest aber innerhalb der Stadtgrenzen Krefelds.
- eine zunehmende Vorbildrolle der Stadt bei der nachhaltigen Gestaltung von Bauvorhaben.
- die Priorisierung und gezielte Unterstützung von gemeinwohlorientierten Wohnbauprojekten.
- die Steigerung der städtebaulichen Qualität in Krefeld durch Förderung der Wettbewerbskultur.

Stadt Natur

Die Natur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt. Grünflächen verbessern die Luftqualität, kühlen die Umgebung, bieten Tieren Schutz und Heimat und sind auch eine Wohltat für das Auge. Damit trägt Stadt Natur zu unserer Gesundheit, unserem Wohlbefinden und zur Biodiversität bei. Durch den Schutz und die Erweiterung urbaner Grünflächen schaffen wir lebenswerte Orte, die den Klimawandel abmildern und die Lebensqualität für alle erhöhen. Krefeld ist eine grüne Stadt, aber Hitze und Flächenkonkurrenzen setzen der Natur um uns herum mehr und mehr zu. Unser Ziel ist es, Naturflächen zu erhalten, zu vernetzen und aktiv zu fördern, damit Stadt und Natur keine Gegensätze werden, sondern im Einklang miteinander wachsen können.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- das Ziel „Keine Straße ohne Grün“: Bei Planungen sollen die vorhandenen Möglichkeiten zu Baumstandorten, Fassadenbegrünungen sowie sonstigen Bepflanzungen ausgenutzt werden.
- die Weiterentwicklung und das künftige Mitdenken der „Schwammstadt“-Idee hin zu einem Baukastensystem für unterschiedliche Projekte.
- das Ziel, das Entsiegelungsmaßnahmen ihre Nische verlassen und wie Versickerungsflächen und Wasserspeicher selbstverständlich mitgeplant werden.
- das niederländische Konzept des „Teigelwippens“: Im urbanen Raum werden an die Häuserfassaden angrenzende Pflastersteine entfernt, um Bepflanzungen/Fassadenbegrünungen zu realisieren. Anhand von Pilotstraßen sollen gezielt die Anwohnenden angesprochen werden, um die positiven Effekte für das Viertel erlebbar zu machen und so zum Nachmachen anzuregen. Als Ansporn soll ein Entsiegelungsziel in qm/Jahr definiert werden.
- den Ausbau der vorhandenen Förderprogramme für Fassadenbegrünungen und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.
- eine Kombination von Wasserflächen und Begrünung im Rahmen der notwendigen Klimaanpassung vor allem bei Bauprojekten in dicht besiedelten Quartieren.
- die Realisierung von neuen sowie die Verbesserung von bestehenden Baumstandorten, um den negativen Trend bei den Stadtbäumen umzukehren.
- die Betonung von Gärten als wichtigem Baustein der Stadt Natur mit großem Potenzial. Dazu gehört für uns, dass die Einhaltung der geltenden Gesetze und Festsetzungen aus Bebauungsplänen eingefordert und überprüft wird. Eine Vorgartensatzung ist für uns unabdinglich, Steingärten und unzulässige Versiegelungen müssen zurückgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir Möglichkeiten aufzeigen, wie mit minimalem Mitteleinsatz Gärten aufgewertet werden können.
- zwei jährlich zu vergebende Preise des Stadtmarketings in Kooperation mit den Umweltverbänden: einen für den Vorgarten und einen für die Fassade mit der besten Kombination aus ansprechender Gestaltung und Biodiversitätsleistung.

- die Aktualisierung der Parkpflegewerke, um unsere schönen Parkanlagen zum Vorbild für die Vereinbarkeit von historisch-künstlerischen Gestaltungsideal, Erholung und Nutzen für die Biodiversität zu machen.

Denkmalschutz: unser kulturelles Erbe bewahren und gestalten

Baudenkmäler sind lebendige Zeugen unserer Geschichte und prägen maßgeblich die Identität unserer Stadt. Wir setzen uns für einen modernen und nachhaltigen Denkmalschutz ein, der historische Bausubstanz erhält und gleichzeitig eine nachhaltige Stadtentwicklung fördert.

Ein wichtiger Aspekt ist für uns, die Identifikation der Bürger*innen mit Krefeld durch die gewachsene Denkmallandschaft zu steigern.

Insbesondere im Bereich der Industriegeschichte blickt Krefeld auf eine – im wahrsten Sinne des Wortes – reiche Vergangenheit zurück. Es braucht eine Stadtentwicklungspolitik, die das industriekulturelle Erbe wertschätzt, nutzbar macht und in die Zukunft überführt – im Einklang mit den bestehenden wirtschaftlichen Funktionen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine Nutzung der kulturhistorischen städtebaulichen Analyse als Handlungsleitfaden für die künftige Stadtentwicklung. Insbesondere die Umgestaltung der Wälle soll als darauf fußendes Projekt fokussiert vorangetrieben werden.
- Erhaltungssatzungen, bei denen eine angemessene Abwägung zwischen stadtbildprägenden Fassaden sowie Dämmmaßnahmen vorgenommen wird.
- eine Einbeziehung der Bau- und Bodendenkmäler in die Bauleitplanung, besonders in die Beratung der Investoren durch die Verwaltung.
- die Entwicklung eines Masterplans Hafen, der Denkmalschutz, industrielle Nutzung, hafenauffine Entwicklung und städtebauliche Qualität zusammenbringt – unter Berücksichtigung guter Beispiele aus anderen Hafenstädten.
- die Entwicklung der Edelstahlwerke zu einem innovativen Industriestandort mit Fokus auf nachhaltige und produzierende Betriebe – nicht auf reine Logistiknutzung.
- eine Denkmalpflege, die ökologische Sanierung und energetische Optimierung mit dem Erhalt historischer Bausubstanz in Einklang bringt, ohne die Anforderungen einer modernen Stadt aus den Augen zu verlieren. Wir verstehen die Erhaltung historischer Bausubstanz durch die Vermeidung von grauen Emissionen als Beitrag zum Klimaschutz.
- die Einführung eines zweijährigen Denkmalpreises der Stadt Krefeld, der besonders gelungene Beispiele des Einsatzes von Bürger*innen und Bauherr*innen bei der Erhaltung und Restaurierung von Baudenkmalern würdigt.
- frühzeitige Information und Beteiligung des Kultur- und Denkmalausschusses bei Gefahrenlagen für Denkmäler, um den Sachverstand der beratenden Mitglieder des Ausschusses stärker zu nutzen.

Finanzen – knappe Mittel, kluge Entscheidungen

Die Kommunen in Deutschland sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Der bundesweit sichtbare „Investitionsstau“ ist nicht zuletzt auch den finanziellen Nöten der Kommunen zuzurechnen, die auf auskömmliche Mittelzuweisungen der Landes- und Bundesebene angewiesen sind, um handlungsfähig zu bleiben.

Auch Krefeld sieht sich mit erheblichen finanziellen Herausforderungen konfrontiert: Steigende Personal- und Sozialausgaben, sinkende Landeszuweisungen und ein wachsendes strukturelles Defizit stellen die kommunale Handlungsfähigkeit auf die Probe. Und obwohl wir nicht müde werden, auf Landes- und Bundesebene weiter für eine faire Finanzierung der Kommunen zu streiten, müssen wir Konsequenzen ziehen. Ein Sparprogramm ist unausweichlich, um langfristig die Eigenständigkeit des städtischen Haushalts zu sichern und eine Haushaltssicherung durch die Bezirksregierung zu vermeiden – mit all ihren gravierenden Folgen insbesondere für soziale und kulturelle Angebote.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Krefeld auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig zu halten. Wir wollen mit Augenmaß und sozialer Verantwortung sparen, sinnvolle Prioritäten setzen und den Druck auf die Landes- und Bundesebene weiter hochhalten. Denn starke Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie und gleichzeitig der Ort, an dem die sozial-ökologische Transformation stattfinden muss.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- einen sozialverträglichen Sparkurs und eine nachhaltige Finanzpolitik.
- die Beschleunigung strategischer Investitionen in städtische Infrastruktur wie Radwege, Verkehrstechnik („Smart City“) und Immobilien im Innenstadtbereich, um die Attraktivität des Standorts für Unternehmen und als Wohn- und Freizeitquartier zu erhöhen.
- die Nutzung innovativer Finanzierungsmodelle (z. B. Green Bonds, Crowdfunding, Bürgeranleihen etc.).
- die transparente Steuerung des Haushalts mit klaren Prioritäten und Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen auf Grundlage des Krefelder Nachhaltigkeitsberichtes.
- die Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit, z. B. im Sinne von Shared Services mit und für andere Kommunen oder im Beschaffungswesen.
- die Prüfung aller Budgetausgaben, geordnet nach Fachbereichen, um alt eingefahrene Ausgaben zu hinterfragen und zu revidieren (Zero-Based-Budget-Prinzip).

Zukunftsfähig durch Wirtschaft

Krefeld ist Industriestandort mit einer langen Tradition, die wir erhalten und in die Zukunft tragen wollen. Das kann nur gelingen, wenn sich unsere Industrie innovativ weiterentwickelt. Als Stadt wollen wir bei dieser Transformation bestmöglich unterstützen und Wachstumschancen auch in grünen Technologien nutzen. Denn im Angesicht des Klimawandels werden uns künftige Generationen insbesondere daran messen, ob wir Wirtschaft und Nachhaltigkeit erfolgreich zusammengebracht haben.

Darüber hinaus ist uns §24(1) Satz 1 unserer Landesverfassung Verpflichtung: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen“. Ziel einer erfolgreichen Wirtschaft sind dementsprechend für uns nicht abstrakte Kennzahlen, sondern Wohl und Wohlstand aller Menschen in Krefeld.

Im Sinne der Nachhaltigkeit wird wirtschaftliche Entwicklung stärker durch Revitalisierung bestehender Industrie- und Gewerbeflächen als durch Verbrauch von Neuflächen erfolgen müssen. Ebenso hilft eine Wiederbelebung von leerstehenden Handelsflächen, dem weiteren Aussterben unserer Quartierszentren und der Innenstadt entgegenzuwirken.

Während viele wirtschaftliche Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gesetzt werden, gibt es wichtige lokale Wirtschaftsfaktoren, die wir direkt gestalten können und wollen. Dazu gehören gut ausgebildete Fachkräfte für unser Betriebe in Krefeld, eine funktionierende Infrastruktur sowie konkrete Unterstützung vor allem mittelständischer und kleiner Betriebe bei wichtigen Transformationsvorhaben wie z. B. beim Klimaschutz oder der Energieversorgung. Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehören aber auch ein ansprechendes Stadtumfeld und eine lebendige Stadtgesellschaft, in der sich Menschen wohlfühlen und die Fachkräfte anzieht.

Stärkung von Start-ups und Innovationen

Parallel zum Bau des neuen Gründungszentrums in der Luisenstraße wollen wir mit einem 10-Punkte-Maßnahmenplan eine lebendige Gründerszene in Krefeld stärken und junge Unternehmen zu einem wichtigen Wachstumsmotor für die Krefelder Wirtschaft machen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Analyse und Implementierung von Best Practices für Gründungsförderung.
- die Entwicklung eines effektiven Vermarktungs- und Nutzungskonzepts für das neue Gründungszentrum.
- den Abbau bürokratischer Hürden und die Einrichtung von Gründungslotsen.
- die Förderung von Vielfalt und Chancengleichheit in der Gründungsszene.
- die intensive Verzahnung mit der Hochschule Niederrhein, aus der viele potenzielle Gründer*innen kommen.
- ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für gemeinwohlorientierte Start-ups, die laut „Startup-Monitor“ über 45 % aller Gründungen ausmachen.
- die Fördermittelberatung und Unterstützung bei Fachkräfteakquisition.
- die Entwicklung clusterspezifischer Initiativen und Kooperationen, z. B. im Wachstumsmarkt grüner Technologien.
- die Einrichtung eines Mentor*innen- und Pat*innenprogramms.

Frauenerwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken

Krefeld hat eine unterdurchschnittliche Frauenerwerbsquote. Deshalb wollen wir alles tun, um Frauen zu unterstützen, die berufstätig sein und Karriere machen wollen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den konsequenten weiteren Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder jeden Alters zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- die besondere Förderung der Karriere von Frauen bei der Stadt Krefeld und den städtischen Töchtern durch spezielle Programme, auch zur besseren Vernetzung von Frauen im Beruf.

Effektive Revitalisierung von Gewerbebrachflächen und Leerständen

Krefeld hat signifikante Gewerbe- und Industrieflächen sowie Ladenlokale, die aktuell nicht adäquat wirtschaftlich genutzt werden. Beispiele sind der Industriestandort Stahldorf oder die Leerstände bei Ladenlokalen in der Innenstadt.

In Zeiten, in denen zusätzliche Flächen knapp sind und Neuversiegelung verringert werden muss, gilt es die bestehenden Flächen besser zu nutzen. Künftig werden genau die Kommunen wirtschaftlich besonders erfolgreich sein, die auf bestehenden Flächen besser wirtschaften.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die stärkere Verwendung des bestehenden städtischen Budgets zum Ankauf ungenutzter Flächen für Revitalisierungen.
- die enge und aktive Begleitung der weiteren Entwicklung des Industriestandorts Krefeld, z. B. des Industrieareals Stahldorf.
- die Weiterführung der Taskforce, die bereits die Neuvermietung der Kaufhof- und Primark-Immobilien erfolgreich vorbereitet hat
- die bessere Auswahl der Ansiedlungskriterien für städtische Gewerbeflächen an den Chancen für die aktuelle Industrieausrichtung und Wachstumsmärkte.

Unternehmensrelevante Infrastrukturen stärken

Eine funktionierende lokale Infrastruktur spielt eine wichtige Rolle für den Wirtschaftsstandort Krefeld. Neben der Verkehrsinfrastruktur sind zunehmend auch digitale Infrastrukturen sowie städtische Dienstleistungen relevant, bei denen es wie bei der Gewerbeanmeldung in der Vergangenheit große Verzögerungen gab.

Wir wollen leistungsfähige Strukturen für Unternehmen bereitstellen und einen besonderen Fokus auf digitale Innovationen legen, um die Krefelder Wirtschaft zu stärken.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Verbesserung der Qualität städtischer Dienstleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen inklusive Start-ups.
- die Verschlinkung bürokratischer Prozesse und deren unternehmensorientierte Digitalisierung.
- den Ausbau von Breitband-, Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur und deren andauernde Überprüfung, um Lücken zu schließen.
- die Weiterverfolgung der bereits angestoßenen Smart-City-Strategie, inklusive der Umsetzung von Pilotprojekten, dem Ausbau digitaler Infrastrukturen zur Vernetzung smarter Sensoren und der gemeinwohlorientierten Nutzbarkeit der erhobenen Daten im Sinne von „Open Data“.
- den Aufbau kritischer Infrastrukturen für Unternehmen im Bereich der Klimatransformation, insbesondere den Ausbau von Wasserstoffnetzen.

Arbeitsmarktintegration stärken – Chancen für alle schaffen

Die Fachkräftesicherung ist eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre. Menschen, die nach Deutschland kommen, können einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten. Voraussetzung für die Integration von Fachkräften ist jedoch, dass ihnen von Anfang an Wege in Bildung und Beruf offenstehen. Gleichzeitig beugt ein solches Vorgehen der Bildung von Parallelgesellschaften vor.

Wir wollen darüber hinaus auch die Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt verbessern, um die in Krefeld hohe Arbeitslosenquote von aktuell 11 % nachhaltig zu verringern, und arbeitsmarktferne Menschen und Familien besser ans Erwerbsleben heranzuführen.

Der Übergang von Schule ins Arbeitsleben muss noch besser gelingen. Wir wollen, dass sich Krefeld von einer Stadt der Schulabbrecher zur Stadt der Talente entwickelt.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die substanzielle Verringerung von Wartezeiten für Sprach- und Integrationskurse.

- die Verkürzung von Wartezeiten für berufliche Anerkennung durch unterstützende Begleitung bei den Anerkennungsverfahren.
- konsequente Förderungsmöglichkeiten zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen.
- die Ausweitung und Verbesserung von Programmen wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

Handwerk und Handel unterstützen

Handwerk und Handel stehen auch in Krefeld aktuell vor besonderen Herausforderungen. Gleichzeitig sind beide wichtige Grundpfeiler für eine lebenswerte und attraktive Stadt und stehen deshalb in unserem besonderen Fokus,

Dem Handwerk fehlen an vielen Stellen qualifizierter Nachwuchs sowie Nachfolger für die Betriebe. Gleichzeitig ist das Handwerk wichtiger Partner von Verwaltung und Gesellschaft bei der Erreichung der Klimaziele insbesondere im Gebäudesektor. Dem gegenüber steht der Handel angesichts starker Onlinekonkurrenz, verändertem Konsumverhalten und vielen Leerständen vor anderen Herausforderungen, ist aber gleichzeitig wichtiges Element für eine Stärkung und Belebung der Innenstadt.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- einen breiten und kontinuierlichen Dialog, um den Weg zu einer handwerksfreundlichen Kommune zu gehen.
- eine stärkere Verzahnung von Schule und Ausbildung, damit junge Menschen die Chancen einer handwerklichen Ausbildung noch stärker wahrnehmen, z. B. über den Ausbau des Programms Praktikumswoche.
- den Fokus auf das Handwerk bei der Förderung von Start-ups und Innovationen
- die mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Ausschreibungen der Stadt und städtischer Töchter.
- eine Partnerschaft zwischen Handwerk und Verwaltung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, um gemeinsam die Klimaziele zu erreichen.
- eine Ausrichtung Krefelds zur Manufakturstadt, die die Erkenntnisse der kulturhistorischen städtebaulichen Analyse in den Fokus stellt und das Handwerk im Stadtbild sichtbar macht.
- die uneingeschränkte Fortsetzung des Stärkungspakts Innenstadt für mehr Aufenthaltsqualität und Attraktivität.
- die städtebauliche Weiterentwicklung der Innenstadt als multifunktionaler Ort, der Handel, Wohnen, Kultur und Freizeit intelligent verbindet.

Verwaltung im Wandel – für eine funktionierende Stadt und lebenswerte Räume

Eine leistungsfähige Verwaltung ist die Basis für eine funktionierende Stadt und für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten und Investitionsvorhaben, die Krefeld voranbringen.

Um ihr Potenzial voll auszuschöpfen, braucht die Verwaltung eine zügige Digitalisierung ihrer Abläufe, um immer mehr kommunale Leistungen bei knapperen Kassen bezahlbar zu halten, dabei den guten Service für alle Bürger*innen sicherzustellen und nicht zuletzt die Fachkräftelücke zu schließen, die in den nächsten Jahren auch die Verwaltung treffen wird.

Ein interner Kulturwandel ist notwendig, um Verwaltungsleistungen entlang der Digitalisierung bürgerfreundlicher und leichter zugänglich zu machen. Aber auch nach außen muss ein neues Image abgebildet werden, denn: Wir wollen die Stadt Krefeld als Arbeitgeber für junge Menschen und für alle, die Familie und Beruf besser vereinen möchten, attraktiver machen.

Ordnungspolitik muss – in enger Zusammenarbeit mit sozialpolitischen Maßnahmen – weiter einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Innenstadt leisten und die Sicherheit vor allem von Frauen und vulnerablen Gruppen im öffentlichen Raum verbessern.

Modernisierung und Transformation der Verwaltung

Wir wollen eine leistungsfähige, einfache und bezahlbare Verwaltung mit einer hohen Servicequalität – barrierefrei für alle Bürger*innen.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die konsequente Kundenorientierung und Transparenz bei allen städtischen Dienstleistungen – für Bürger*innen wie auch für Unternehmen.
- die Nutzung weiterer Digitalisierungsmöglichkeiten durch die jetzt verabschiedete Novelle des Onlinezugangsgesetzes OZG 2.0 sowie durch sicheren Einsatz von künstlicher Intelligenz.
- die Stärkung der Digitalkompetenz der städtischen Mitarbeitenden durch verstärkte Schulung in allen Digitalisierungsthemen einschließlich künstlicher Intelligenz.
- die Vereinfachung und Beschleunigung von Abläufen durch Aufbrechen von organisatorischen Silos und Prozessoptimierung mit einer Ende-zu-Ende-Sicht.
- die Einführung eines regelmäßigen Berichts über die Servicequalität für Bürger*innen und Unternehmen als Grundlage für die weitere Optimierung.
- die durchgängige Berücksichtigung von Anforderungen der Barrierefreiheit bei städtischen Dienstleistungen durch Schließen noch vorhandener Lücken.
- die Schaffung eines einfach zu navigierenden zentralen

Zugangs zu digitalen Bürgerservices („Krefeld-App“) anstelle der momentan unübersichtlichen Vielzahl einzelner Webauftritte.

- die weitere Erhöhung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber durch einen „Kulturwandel“ in der Stadtverwaltung, um auch für junge Menschen attraktiv zu sein: mehr partizipative Führung und Teamorientierung, eine offene und transparente Kommunikation, mehr Delegation von Verantwortung, lösungs- statt statusorientiertes Vorgehen, Fokus auf gemeinsame Werte – eine Kultur, die Mitarbeitende und Bürgerservice in den Mittelpunkt stellt.
- die Stärkung des Schutzes der kritischen Infrastruktur im Kontext der sich wandelnden Sicherheitslage.

Mehr Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum

Das Ziel ist eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher und wohl fühlen – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Doch noch immer erleben viele den öffentlichen Raum als unsicher: Studien zeigen, dass sich über 70 % der Frauen etwa im Nahverkehr unwohl fühlen. Auch in der Krefelder Innenstadt bleibt die Aufenthaltsqualität für zahlreiche Menschen trotz bereits erzielter Fortschritte eingeschränkt.

Deshalb wollen wir uns als GRÜNE in Krefeld darauf konzentrieren, dass ein Konzept aus unterschiedlichen Maßnahmen für nachhaltige Verbesserungen erarbeitet und umgesetzt wird, um öffentliche Räume sicherer und lebenswerter zu gestalten.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- die Stärkung und Sichtbarkeit der Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei, Kommunalem Ordnungsdienst und SWK. Ein Fokus liegt für uns dabei auf präventiven Maßnahmen und einem verbesserten Sicherheitsgefühl durch verstärkte Präsenz.
- mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr durch Ausbau der Angebote für einen sicheren Heimweg, wie SWCar, Halt auf Zuruf, Taxiruf und Begleit-Apps wie z. B. das Heimwegtelefon oder Life360. Diese Angebote sollen auf alle Dunkelzeiten ausgeweitet und durch reduzierte Preise für Frauen attraktiver und leichter nutzbar werden.
- den schnellen Ausbau von „Saferpaces für Safer Places“, dem Schutzprogramm für Veranstaltungen über die jetzige Pilotphase mit der KuFa hinaus.
- die Umgestaltung von potenziellen Angsträumen, z. B. durch helle, freundliche Unterführungen oder verbesserte Beleuchtung.
- die Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Bekämpfung von Müll und Unrat in den Quartieren. Ein besseres Miteinander kann durch die Zusammenarbeit von aktiven Bürger*innen und GSAK und KBK entstehen, wenn gemeldeter Müll zügig entsorgt wird oder gemeinschaftlich durchgeführte Reinigungsaktionen die Zustände verbessern.
- die Stärkung des lokalen Quartiersmanagements, um Bewohner*innen in die Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit im Quartier eng mit einzubeziehen.

Verbesserte Einbindung von Bürger*innen in die Stadtentwicklung

In einer lebendigen Gesellschaft ist die Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungen von zentraler Bedeutung. Sie schafft Transparenz, fördert das Verständnis für komplexe Zusammenhänge und stärkt das Vertrauen in demokratische Prozesse. Besonders auf kommunaler Ebene, wo Entscheidungen das tägliche Leben der Menschen direkt beeinflussen, ist eine aktive Teilhabe unerlässlich. Bürgerbeteiligung bedeutet für uns mehr als nur das Recht, Meinungen zu äußern – sie ist eine Chance, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen aller gerecht werden und somit auch von allen getragen werden.

Wir wollen Bürger*innen auf allen Ebenen besser, zeitgemäßer und niedrigschwellig an Willensbildung und Entscheidungen zur Gestaltung der Stadt beteiligen und so auch die politische Kultur in der Stadt stärken. Vor allem junge Menschen sollen die Zukunft und das Gesicht unserer Stadt stärker mitgestalten können.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine attraktivere Gestaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren für mehr effektive Bürger*innennähe und Beteiligungsbreite, z. B. durch stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten.
- die Förderung der Nachbarschaftlichkeit durch Ausbau der Quartiersarbeit als erste Ebene der Bürgerbeteiligung im direkten Quartiersumfeld.
- die Etablierung von Bürgerräten für eine stärkere Beteiligung der Bürgerschaft an grundlegenden Fragen der Stadtentwicklung.
- die Aufwertung, Erweiterung und bessere Finanzierung der bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche wie Jugendbeirat, Ring politischer Jugend und Jugendring.
- die Förderung und Erweiterung des von uns initiierten Expertengremiums Inklusion sowie des partizipativ zu erstellenden kommunalen Inklusionsplans.
- die Überprüfung der Gesellschaftsformen der städtischen Töchter dahingehend, ob diese unseren Anforderungen an Transparenz und politischer Teilhabe, in Abwägung der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Aufgabenerfüllung, ausreichend Rechnung tragen.



MACHT

HEUTE,

WAS MORGEN ZÄHLT.